Freitag, 18. August 1922. **Einzelnummer 30 Mark.** 61. Jahrgang. **Nr. 184.**



Erscheint an allen Werktagen.
Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 400.—
in den Ausgabestellen 425.—
durch Zeitungsboten 450.—
am Postamt . . . . . 440.—
ins Ausland 50 deutsche Mark.

Fernsprecher: 4246, 2273, 3110. 3249.

Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Anzeigenpreis f. d. Grundschriftzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . 80.—M. Reklameteil 240.—M.
Für Aufträge aus Deutschland . 6.00 M. im Reklameteil 18.—M. in deutscher Mark.

Telegrammadresse: Tageblatt Posen.

Postscheckkonto für Polen: Nr. 200 283 in Posen.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Zur Verständigung und zur Versöhnung.

Die „Gazeta Gdańska" gibt eine Morgenausgabe in deutscher Sprache heraus, und diese Ausgabe soll nach den wiederholten Erklärungen der Redaktion der Verständigung und der Versöhnung zwischen Deutschland und Polen dienen. Fürwahr, ein hohes Ziel, das sich die polnische Zeitung gesteckt hat. Ein Beginnen, das wert wäre, unterstützt zu werden. Leider stehen die Taten der Zeitung nur zu oft im Widerspruch mit den feierlichen Erklärungen, so daß schließlich nur noch naive Gemüter an den festen Willen zur Verständigung und Versöhnung glauben können. Periodenweise kehrt in den Spalten immer der alte Haß wieder, die Sucht, dem „niemiec" seine Minderwertigkeit zu beweisen und die edlen Eigenschaften des Polen ins rechte Licht zu setzen. Daß die „Gazeta" mit der französischen Machtpolitik durchaus einverstanden ist, bedarf schließlich keiner weiteren Betonung, und deshalb ist es nicht verwunderlich, wenn die Zeitung in deutschen Lettern unter der Devise „Für Verständigung und Versöhnung" versucht, mit Lügen, die schon abgelegten Ladenhütern gleichen, die Frage der Ausgleichszahlungen wahrzunehmen, um die „zielbewußte" Wirtschaftspolitik Polens zu würdigen und Deutschlands Harakiri zu brandmarken, das es nur begeht, um seine Gläubiger, die dank der Kriegsschuldlüge dem Lande unerschwingliche Zahlungen erpressen zu können glauben, um die Früchte ihrer Arbeit zu bringen.

In einem Aufsatz „Kurswechsel in den deutschen Gesellschaftskreisen", in der Nummer 176, bringt die Zeitung Unsinn in konzentrierter Form, aus dem man nur entnehmen kann (wenn man naiv genug ist), daß Polen bald dank unermüdlicher Arbeit in wirtschaftlicher Beziehung einen Punkt erreicht haben wird, der turmhoch über dem Deutschlands steht. Schon jetzt strebten in weiser Vorsicht deutsche Fabrikanten und Exporteure, den Polen ihre Waren nicht nur anzubieten, sondern in des Wortes wahrster Bedeutung aufzudrängen. Die Korrespondenz erledigten die deutschen Kaufleute im Gegensatz zu früher nicht mehr in deutscher Sprache, sondern ausschließlich in einem tadellosen Polnisch.

Diese Erscheinungen sind nach der „Gazeta" ein Beweis für die politische und wirtschaftliche Zerfahrenheit in Deutschland! Der deutsche Bürger habe das Vertrauen zu seiner Regierung verloren, die auf den Ruin des Landes hinarbeite, nur um sich von den Reparationszahlungen und internationalen Schulden zu befreien, aus Trotz und Boshaftigkeit. Die Deutschen hätten vergessen, daß „die Politik sich immer auf schaffendem Grundelement aufbauen muß." „Die Nichtzahlung der Entschädigungen auf Grund heimlicher finanzieller Machenschaften, die einen scheinbaren Bankerott hervorrufen sollen, hat die deutsche Valuta so ruiniert, daß Polen nach einigen Monaten den Vorsprung Deutschlands wieder wird ausgeglichen haben, seine Valuta höher stehen wird als die deutsche Mark."

Das sind die Äußerungen des Blattes, dessen Leiter zu der Nation gehören, die bisher nur in sehr geringem Grade „auf schaffendem Grundelement aufbauen" konnte und die ihre jetzige scheinbar gute wirtschaftliche Stellung nur dem Unglück seines Nachbarlandes verdankt, des Landes, ohne dessen kräftige Mitarbeit Polen stets nur vegetieren wird. Ein Beweis, wie dringend Polen die deutsche Mitarbeit braucht, ist doch zur Genüge der immer wiederkehrende Protest gegen den Wirtschaftsboykott; denn was könnte der Boykott schaden, wenn Polen ohne deutsche Wirtschaftshilfe zu höchster Blüte gelangen könnte? Polen sollte in den Angeboten der deutschen Kaufleute nicht ein schwindendes Vertrauen der Deutschen gegen ihre Regierung suchen, es sollte aus der Tatsache lernen, daß durch die Angebote das deutsche Streben nach Verständigung dokumentiert wird. Es sollte nicht durch unverantwortliche Äußerungen die in Aussicht genommenen Verhandlungen zwischen den beiden Nachbarstaaten sabotieren und in das Horn der französischen Hetze und Lügen blasen. Frankreich kann schließlich aus Deutschland auf Grund des Versailler Diktats den letzten Blutstropfen erpressen; Polen hat wenig zu fordern, aber um vieles zu bitten.

Kindisch muten die Behauptungen von den Machenschaften zur Hervorrufung eines Bankerotts gerade in diesen Tagen an. Die führenden Volkswirtschaftler und Politiker der Welt, die Finanziers sind sich darüber einig, daß Deutschland seinen wirtschaftlichen Ruin nicht verschuldet hat. Und selbst Poincaré, bestimmt nicht der Freund Deutschlands, mußte sich während der Londoner Konferenz überzeugen lassen, daß an der Entwertung der Mark und dem Zersetzungsprozeß der deutschen Wirtschaft nicht Böswilligkeit, sondern das Verlangen auf Zahlung unsinniger Summen die Schuld trägt. Ohne diese Feststellung hätten nicht sämtliche Verbündeten unter Führung von Lloyd George sich Poincaré entgegengestellt. Derartige Binsenwahrheiten scheinen der „Gazeta" nicht geläufig zu sein.

Die polnische Mark! Ihren gegenwärtigen Stand verdankt sie schließlich nur dem tiefen Stand der deutschen Mark. Vielleicht ist der „Gazeta" nicht entgangen, daß bei einem Steigen der deutschen Mark automatisch ein Fallen der polnischen Valuta zu verzeichnen ist, und deshalb wird die Prognose: „Die polnische Mark wird bald höher notieren als die deutsche", ein frommer Wunsch bleiben. Denn die deutsche Mark wird steigen, sie muß, oder Europas Wirtschaft ist ein Scherbenhaufen, und in dem Haufen wird dann Polen zu finden sein.

Mit Worten läßt sich schließlich ein Land nicht zur Blüte bringen; mit abgedroschenen Phrasen noch viel weniger. Und in Polen wird leider noch zu sehr mit diesen Phrasen gearbeitet. Nicht Gefühl darf in der Politik der maßgebende Faktor sein, nicht seine Regungen die Entscheidungen der Wirtschaftler beeinflussen, sonst kommt Polen nicht aus seinem Dilemma heraus. Wenn deutsche Kaufleute den polnischen Abnehmern die Offerten in polnischer Sprache vorlegen, dann sollte man die Zuvorkommenheit anerkennen und nicht darin eine Verbeugung und Bitte um „Gut Wetter" erblicken, in dem Warenangebot überhaupt keinen Kotau vermuten. Die deutsche Industrie kann ihre Abnehmer mit Erfolg in valutastarken Ländern suchen und ist auf Polen nicht angewiesen. Umgekehrt dürfte zutreffen.

Sabotage der Jaworzynafrage durch die Tschechoslowakei.

Warschau, 15. August. Der polnische Ausschuß für die Jaworzyna-Frage hielt unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Stanisław Grabski am 6. d. Mts. eine Sitzung ab, in der folgende Erklärung einmütig angenommen wurde: Bei der Festlegung der Delimitationsgrenze im Abstimmungsgebiet von Zips und Orawa durch die gemischte Kommission hatte es sich mit Rücksicht auf die Lebensinteressen der Grenzbevölkerung als notwendig erwiesen, diese Grenze in einzelnen Ortschaften zu korrigieren, insbesondere die deutlich zu Polen strebende Gemeinde Jaworzyna gegen die Gemeinden Kacwin und Niedzice auszutauschen. Die Verhandlungen der polnischen und tschechischen Regierung führten zu der Unterzeichnung des Vertrages vom 6. November 1921. Diesem Vertrage ist ein Anhang hinzugefügt worden, in dem erklärt wird, daß mit dem Augenblick der Unterzeichnung des Vertrages beide vertragschließenden Parteien sich verpflichten, folgende Sonderbestimmungen, die unter Punkt B enthalten sind, zu erfüllen: Die Regelung der Frage erfolgt im Laufe von sechs Monaten auf direktem Wege und durch eine schiedsrichterliche Verständigung beider Länder. Man hielt die Bildung von speziellen Sachverständigenkommissionen durch beide Regierungen zu gebührender Prüfung der Frage für das geeignetste Mittel, um die Streitfragen gemeinsam zu erledigen. Solche Kommissionen sind von beiden Parteien ins Leben gerufen worden. Nach Beendigung der Arbeiten in der polnischen Kommission hat die polnische Regierung unter Vermittlung ihres Gesandten in Prag die tschechische Regierung davon in Kenntnis gesetzt, daß die polnische Kommission bereit sei, mit der tschechischen Kommission zusammenzukommen. Ebenso machte Dr. Stanisław Grabski als Vorsitzender der Kommission dem tschechischen Gesandten in Warschau, Maksa, davon Mitteilung. Dieser gab Dr. Stanisław Grabski einige Tage darauf zur Kenntnis, daß die Zusammenkunft beider Kommissionen in Prag erwünscht sei, daß aber infolge Nichtbeendigung der Arbeiten durch die tschechische Kommission, der Vorbereitungen zur Genua-Konferenz, der Abreise einer Reihe von Mitgliedern der tschechischen Kommission nach dem Ausland und innerer Schwierigkeiten, — die tschechische Regierung die sofortige Erörterung der Frage durch gemeinsame Beratungen beider Kommissionen als nicht möglich erkannt habe. Angesichts dessen nun, daß die sechsmonatige Frist verstrichen war, einigte man sich mit der tschechischen Regierung auf eine Verlängerung dieser Frist um weitere drei Monate, das heißt bis zum 6. August. Infolge des gemeinsamen Schrittes ist die Botschafterkonferenz, der diese Angelegenheit als grenzfestsetzender Konferenz obliegt, gleichfalls übereingekommen, ihre Entscheidung um 3 Monate zu verschieben.

Trotz oftmaliger Mahnungen gelang es nicht, in dieser Frist von drei Monaten eine Zusammenkunft zustande zu bringen, und zwar infolge der Verschleppung von tschechoslowakischer Seite und der Ablehnung, den Termin für die Zusammenkunft beider Kommissionen festzusetzen. Angesichts der am 6. Juli abgelaufenen Frist wandte sich der polnische Jaworzyna-Ausschuß an die polnische Regierung mit der entschiedenen Aufforderung, sofort den Termin für die Zusammenkunft der polnischen und der tschechoslowakischen Jaworzyna-Kommission festzusetzen, damit diese Angelegenheit im Sinne des Vertrages vom 6. November 1921 erledigt werden könne. Der Gesandte Piltz forderte am 23. v. Mts. eine definitive Antwort, wann eine Zusammenkunft beider Kommissionen stattfinden könne, bzw. in welcher Weise die tschechoslowakische Regierung die Absicht habe, den Punkt B zu erfüllen. Am 26. Juli teilte der tschechoslowakische Ministerpräsident Benesch dem polnischen Gesandten in Prag mit, **daß eine Zusammenkunft der Kommissionen überhaupt nicht erfolgen könne.** Angesichts dessen stellt die polnische Jaworzyna-Kommission fest: 1. daß der Annex B zum Vertrage vom 6. November 1921 nicht durchgeführt worden ist, und daß die Verantwortung für die Nichterfüllung dieses Annexes auf die tschechoslowakische Regierung falle, die andauernd den Termin der Zusammenkunft der polnischen und tschechoslowakischen Jaworzyna-Kommission hinausgeschoben habe und die unmittelbare und friedliche Erledigung der Jaworzyna-Frage unmöglich machte; 2. erklärt sie, daß ihr unter diesen Verhältnissen eine weitere Tätigkeit unmöglich sei.

Polenfeindliche Organisationen in der Tschechoslowakei?

Krakau, 12. August. Wie „Czas" meldet, sollen in Prag antipolnische Organisationen von der tschechischen Regierung finanziell unterstützt werden. Auch polenfeindliche Vertreter aus der Ukraine und Weißrußland sollen dort weilen.

Hoffnungen auf die nächste Konferenz in Brüssel.

Eine neue Konferenz mit Amerika geplant.

Brüssel, 16. August. Der „Neuyork Herald" meldet, daß belgische politische Kreise mit der Einberufung einer neuen Konferenz rechnen, die im November in Brüssel stattfinden soll.

London, 15. August. Lloyd George hat den französischen und italienischen Delegierten mitgeteilt, Sir Horne werde Washington besuchen, um Besprechungen bezüglich der Konsolidierung der englischen Schuld zu führen, und daß, wenn er nach England zurückkehrt, England eine gemeinsame Konferenz zur Diskussion der Kriegsschulden einberufen werde, an der Amerika hoffentlich teilnehmen werde. Die Konferenz wird voraussichtlich im November stattfinden.

Poincaré bei der Rückkehr begeistert begrüßt.

Paris, 16. August. Poincaré und die übrigen französischen Delegierten sind Dienstag abend in Paris eingetroffen, von der auf dem Bahnhof versammelten Bevölkerung begeistert begrüßt.

Zuziehung von Militärs zum Ministerrat.

Paris, 16. August. Marschall Foch und General Degoutte werden aller Wahrscheinlichkeit nach auf der Mittwochsitzung des Ministerrates in Rambouillet zugegen sein.

500 000 Pfund als Ausgleichsrate gezahlt.

Berlin, 15. August. Die deutsche Regierung hat durch ihre Botschafter in London, Paris und Rom und die Gesandtschaft in Brüssel den entsprechenden alliierten Regierungen heute die Note über die Ausgleichsrate übergeben. Die Note führt aus, daß die deutsche Regierung die von ihr erbetene gemeinschaftliche Entscheidung der beteiligten Mächte bisher nicht erhalten habe, und erklärt unter Hinweis auf die Markkatastrophe, daß es der deutschen Regierung nicht möglich sei, die gesamte Rate von 2 Millionen Pfund zu zahlen. Die Note kündigt dann die inzwischen erfolgte Leistung von 500 000 Pfund an.

Anerkennung der Entscheidung der Reparationskommission.

Paris, 17. August. Die Reparationskommission wird vielleicht schon heute, Donnerstag, eine Entscheidung über die Frage des Zahlungsaufschubs für Deutschland treffen. Das „Journal des Debats" führt aus, daß für den Fall einer Stimmengleichheit in der Reparationskommission nach dem Versailler Vertrage das Urteil von einer unparteiischen, von beiden Parteien bezeichneten Person gefällt werden müsse. Die ausschlaggebende Stimme des Vorsitzenden der Kommission, gegenwärtig Dubois, ist zwar bisher angewandt worden, ist jedoch im Friedensvertrag nicht vorgeschrieben. Das „Journal" schreibt weiter, daß es möglich sei, daß Frankreich mit einer Stimme gegen drei in der Minderheit bleibt. In diesem Falle dürfe es keinen Widerstand zeigen und müsse sich der Entscheidung der Mehrheit fügen, denn das würde sonst die Ungültigmachung des Versailler Vertrages bedeuten, an dessen Aufrechterhaltung es Frankreich gelegen ist.

Paris, 15. August. (Tel.-Un.) In einer Presseauslassung heißt es, es sei nicht damit zu rechnen, daß Poincaré sich von der Reparationskommission zurückziehen werde, da er dies ein Jahr vorher anzukündigen hätte, und dann wahrscheinlich wäre, daß er die Frage des Moratoriums so lange ungelöst lassen würde.

Hoffnungen auf Fortdauer der Entente.

Bordeaux, 17. August. Der „Petit Parisien" schreibt, daß die Niederlegung eines Kranzes durch Poincaré auf den Grabhügel eines unbekannten Soldaten vor seiner Abreise aus London in Frankreich wohl verstanden worden ist. Ein Konflikt mit dem Lande, das 700 000 Söhne beim Beistande Frankreichs bei der Verteidigung der Weltfreiheit geopfert hat, sei unmöglich.

London, 17. August. In maßgebenden englischen Kreisen ist man der Meinung, daß die Entente trotz des erfolglosen Ergebnisses der Konferenz nicht in Gefahr sei. Lloyd George und Poincaré seien vielmehr in bester Freundschaft auseinandergegangen. England habe doch während der Konferenz nur auf die innere Lage Deutschlands und auf die schwierige Stellung des Kabinetts Wirth Rücksicht genommen. Die Lage ist jedoch in jeder Beziehung ungewiß.

Amerika gegen Poincaré.

Paris, 17. August. (Lok.-Anz.) Der Newyorker Vertreter des „Daily Telegraph" hatte eine Unterredung mit einer Persönlichkeit, die dem amerikanischen Kabinett nahe steht. Diese erklärte, daß Poincaré, wenn er so fortfahre, den Platz des Unruhestifters auf dem Kontinent einnehmen werde. Seine Politik sei eine Politik des Unrechts. Er solle es sich wohl überlegen, bevor er den letzten Sprung ins Dunkle tue.

Die Schuldlosigkeit Deutschlands am Fall der Mark.

Paris, 17. August. Das „Echo de Paris" gibt eine Korrespondenz aus Berlin wieder, in der es heißt, daß der gegenwärtige Sturz der deutschen Mark angeblich unabhängig von der deutschen Regierung entstanden sei. Die Großindustriellen und Finanziers hätten diese Katastrophe vor einigen Monaten entfesselt, aber die letzte Ursache für den Sturz der deutschen Mark sei die gewesen, daß Amerika und England deutsche Devisen abgestoßen haben.

Rücktritt Sir Robert Hornes.

London, 17. August. „Daily Mail" meldet über die Absicht des Finanzministers Robert Horne, zurückzutreten. Als Nachfolger wird Churchill genannt. Das Blatt meint, daß nach den Sommerferien eine Umbildung des Kabinetts zu erwarten sei.

Kabinetts- und Senatssitzung in Frankreich.

Paris, 17. August. Das französische Kabinett und der französische Senat sind auf den 22. August einberufen worden. Das „Echo de Paris" meldet, daß der französische Delegierte Parmentier, der gegenwärtig in Washington in Sachen eines Abkommens über die französischen Schulden in Amerika weilt, abberufen worden ist und in allernächster Zeit zur Konferenz in Paris eintreffen soll.

Berliner Pressestimmen zum Scheitern der Londoner Konferenz.

Berlin, 15. August. (Tel.-Un.) Der „Berl. Lokal-Anz." schreibt: Wenn auch nach so langwierigen und mühseligen Verhandlungen im engsten Kreis keine Verständigung unter den Ententemächten zu erzielen war, so ist wohl der Schluß unausbleiblich, daß hier Gegensätze vorliegen, die überhaupt nicht mehr

zu überbrücken sind. Vernunftpolitik auf der einen, Gewaltpolitik auf der anderen Seite. — Der „Tag" erklärt: Da man leider befürchten muß, daß England seine Handlungsfreiheit nicht dazu benutzen wird, dem französischen Eroberungsdrang mit militärischen Mitteln entgegenzutreten, wenigstens nicht sofort, müssen wir auf Schlimmes gefaßt sein. Das Schicksal hat uns vor neue Prüfungen gestellt. Alles hängt davon ab, wie wir sie bestehen. Darum fort mit allem inneren Hader. Deutschland über alles! — Das „Berliner Tageblatt" urteilt: Heute hat Lloyd George, wenn es wirklich zum Bruch der Entente kommt, was noch nicht dasselbe ist wie der Bruch der Konferenz, eine viel stärkere und populärere Basis als nach Genua. Aber trotzdem darf man nicht die ungeheuren Rückwirkungen vergessen, die es auf die öffentliche Meinung haben wird, wenn sie sieht, daß das lange befürchtete, aber niemals geglaubte „Zurück" Wirklichkeit wird. — Der „Vorwärts" meint: Entscheidend ist, daß Frankreich wohl durch seine militärischen Machtmittel in der Lage wäre, sogenannte Sanktionen zu ergreifen, daß es aber nicht in der Lage ist, wirksame wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen allein durchzuführen. — Die „Germania" möchte wissen, ob Herr Poincaré, der immer noch bei Deutschland den guten Willen zu vermissen vorgibt, wirklich glaubt, daß für ihn und seine Politik die Naturgesetze sich wandeln würden, daß seine Waffentaten in Deutschland besser erscheinen werden.

Beschlüsse des deutschen Kabinetts.

Berlin, 17. August. (Tel.-Un.) Das Reichskabinett ist gestern abend um 6 Uhr zusammengetreten, um die durch den Abbruch der Londoner Konferenz geschaffene Lage eingehend zu besprechen. Irgendwelche Beschlüsse konnten natürlich angesichts der im Augenblick noch ungeklärten Verhältnisse nicht gefaßt werden. Die Beratungen werden morgen und in den nächsten Tagen fortgeführt.

Tagung des Reichswirtschaftsrats.

Berlin, 16. August. (Tel.-Un.) Auf Wunsch der Reichsregierung wird der Wirtschaftspolitische Ausschuß in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Ausfuhrabgabenausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates am Donnerstag, dem 17. August 1922, vormittags um 10 Uhr noch einmal über die Anpassung der Ausfuhrabgabe an die veränderte Devisenlage beraten. Der Ausfuhrabgabenausschuß hat sich am 5. August 1922 mit 3 gegen 2 Stimmen (Arbeitnehmer und freie Berufe gegen Arbeitgeber) grundsätzlich für eine Anpassung der Ausfuhrabgabe an den Valutastand ausgesprochen. Über die Höhe der etwaigen Zuschläge wurde kein Beschluß gefaßt. Hierüber verbreitete anderslautende Pressemeldungen entsprechen nicht den Tatsachen.

Französischer Versuch eines Handstreichs gegen Konstantinopel.

Adrianopel, 16. August. Die Franzosen haben den Versuch gemacht, 1500 marokkanische Spahis in Konstantinopel zu landen, als ein Befehl des englischen Militärkommandanten Harrington sie daran hinderte mit der Begründung, daß die Griechen versprochen hätten, die neutrale Zone zu achten. In der Tat mußte die weitere Ausschiffung unterbleiben. England beschloß in Befürchtung weiterer französischer Truppen angeblich die sofortige Berufung von 40 neuen Schiffseinheiten vor Konstantinopel.

Aus Deutschland.

Scharfe Maßnahmen zur Bekämpfung der Teuerung beantragt.

Berlin, 16. August. Die Beratungen des Reichskabinetts zu der durch das Scheitern der Londoner Konferenz geschaffenen Lage sind auch gestern nicht zu einem Abschluß gekommen, da die ganze außenpolitische Atmosphäre noch zu wenig durchsichtig ist.

Sehr bedeutungsvoll sind indessen die Beratungen des Kabinetts, die sich mit den innerpolitischen Wirkungen befassen. Die Spitzenverbände der Gewerkschaften wollen der Regierung gewisse Maßnahmen zur Bekämpfung der Teuerung vorschlagen. Diese Maßnahmen laufen: 1. auf eine Reform der deutschen Währung, 2. auf eine teilweise Rückkehr zur Zwangsbewirtschaftung, 3. vor allem aber auf eine Erdrosselung der Einfuhr hinaus.

Die Reichsregierung hat sich mit diesen Erwägungen bereits beschäftigt und sucht auch von sich aus nach Mitteln und Wegen, um vor allem der wucherischen Ausbeutung der Markentwertung einen Riegel vorzuschieben. Ferner galten die Beratungen des Kabinetts der Tatsache, daß das Gleichgewicht des Budgets der Staatsbetriebe durch die Markentwertung schon wieder zerstört ist und daß neue große Forderungen der Staatsangestellten bevorstehen, denen man angesichts der ungeheuren Teuerung die Berechtigung nicht absprechen könne.

Katastrophale Erhöhung des Baumwollpreises.

Eilwese, 14. August. Auf dem deutschen Baumwollmarkt ist eine katastrophale Preiserhöhung notiert worden. Rohbaumwolle hat den Preis von 400 M. für das Kilo (1,30 M. im Juli 1914), Baumwollgarn 124 M. für die Rolle (gegen 29 Pfg. im Jahre 1914) erreicht.

Beginn der deutschen Ostmesse in Königsberg.

Königsberg, 15. August. Die 5. deutsche Ostmesse hat gestern in Königsberg begonnen.

Landarbeiterstreiks.

Berlin, 15. August. (Tel.-U.) Der wilde Streik der Landarbeiter im Kreise Oberbarmen hat sich auf 35 Güter ausgedehnt. Die Notstandsarbeiten werden bis auf 2 Güter verrichtet. Technische Nothilfe ist überall eingesetzt, auch Schutzpolizei ist genügend bereitgestellt. Man hofft, daß der Streik wegen Mangels an Geldmitteln in einigen Tagen zusammenbrechen wird. Der Streik auf einigen Gütern im Kreise Delitzsch, der wegen eines Flurschützen entstanden war, ist schon nach einigen Tagen zusammengebrochen. In einer anderen Gegend des Kreises bestehen noch Differenzen.

Berlin. 17. August. Das Wolff-Bureau meldet, daß in den Umgegenden von Kassel, Homburg, Rothenburg u. a. Landarbeiterstreiks ausgebrochen sind. Die Berufsorganisationen versuchen Gegenmaßnahmen zu treffen.

Die Tschechoslowakei und Deutschland.

Prag, 15. August. Von der französischen Militärkommission in der Tschechoslowakei wurde die Verstaatlichung der Außig—Teplitzer Eisenbahn gefordert. Diese Eisenbahn sei für einen militärischen Aufmarsch erforderlich. Ferner ist die Verstaatlichung der Grenzwälder beabsichtigt, um „die Grenze gegen Deutschland zu sichern und die Gefährdung tschechischer Truppen durch die deutsche Grenzbevölkerung auszuschließen." Es handelt sich um ungefähr 30 000 Hektar. Die Manöver der tschechischen Truppen sollen an der deutschen Grenze stattfinden.

In Preßburg erklärte der tschechische Handelsminister, der Marksturz in Deutschland sei eine böswillige Absicht und ein wirtschaftlicher Unterseebootskrieg, den Deutschland gegen die übrige Welt führe. (!)

Das Deutschtum in Prag.

Prag. 15. August. Die Zahl der Deutschen hat, entgegen anderslautenden Nachrichten, in den letzten zehn Jahren nicht abgenommen, sondern es kann von einer Steigerung um über 2000 gesprochen werden. Das Prager Deutschtum ist demnach nicht im rettungslosen Dahinschwinden begriffen, obgleich die Deutschen, deren Zahl in der Hauptstadt nebst Vororten 30 429 beträgt, neben 642 000 Tschechen, nach den tschechoslowakischen Sprachengesetzen, weder vor den Behörden, noch auf den Firmenschildern ihre Muttersprache gebrauchen dürfen.

Deutsch-englische Kulturbestrebungen.

Köln, 12. August. Vom 13.—23. August findet in Brühl bei Köln eine sogenannte Sommerschule statt, die von dem Rhein-Main-Verband für Volksbildung (Sitz in Frankfurt a. M. und Koblenz), dem Träger der westdeutschen Volksbildungsbestrebungen gemeinsam mit der englischen Organisation der Union of Adle scool und der Education supplement association", die von Quäkern ins Leben gerufen wurde, veranstaltet wird. Es handelt sich darum, eine beschränkte Anzahl von Teilnehmern für kurze Zeit zuzulassen, um Fragen der Zeit in gemeinsamer Erörterung durchzusprechen. Die Teilnehmer sind von den großen Volksbildungsorganisationen delegiert und gehören größtenteils der Arbeiterschaft an. Das Programm ist unter den Gesichtspunkt gestellt: Einer neuen Weltordnung entgegen! Es soll dargetan werden, was Wissenschaft und Wirtschaft zu einem neuen Aufbau beitragen können. Ueber dieses Thema werden Engländer und Deutsche sprechen. Von Engländern werden sprechen: Der Politiker Graham, der Nationalökonom Cunninghad und der Industrielle Rowntree, von den Deutschen Professor Gerloff, Dr. Honigheim und Prof. Epstein-Frankfurt. Auch holländische, belgische und luxemburgische Vertreter werden teilnehmen.

Das Elend Oesterreichs.

Steigen der Teuerung um 124 v. H. in einem Monat

Wien, 15. August. Gestern vormittags trat hier die paritätische Kommission zusammen, um die Indexziffer für die Zeit vom 15. Juli bis zum 15. August festzusetzen. Man rechnet in der Öffentlichkeit damit, daß sie ungefähr 80 Prozent Erhöhung der Lebenshaltung festsetzen würde. Die Sitzung dehnte sich ziemlich lange aus und hatte einen bewegten Verlauf. Um Mittag war sie beendet und die Nachricht, die aus dem Sitzungssaal drang, war geradezu niederschmetternd. Die Kommission hatte ein Steigen der Teuerung in der angegebenen Zeit um 124 Prozent festgestellt und die Löhne und Gehälter haben dementsprechend erhöht zu werden. Wo diese Nachricht in der Mittagszeit bekannt wurde, löste sie die größte Bestürzung aus, da sofort eine neue ungeheure Teuerung zu erwarten ist. Die Folge davon wird sein, daß wiederum eine große Vermehrung des Banknotenumlaufs für Österreich eintreten wird.

Erregung gegen die Fremden.

Wien, 16. August. Infolge der unaufhaltsam steigenden Teuerung hat sich der Arbeiterbevölkerung in den österreichischen Ländern große Erregung bemächtigt, die sich in der Hauptsache gegen die Fremdenindustrie zu richten beginnt. In Innsbruck stellten Arbeitervertreter der Landesregierung in ultimativer Form sieben Bedingungen. Insbesondere fordern sie die Einziehung der in den Hotels und bei den Geschäftsleuten eingehenden fremden Valuta.

Aus Ungarn.

Scharfe Maßnahmen der ungarischen Regierung zur Hebung der Valuta.

Budapest, 17. August. Die ungarische Regierung hat energische Schritte unternommen, um die Kaufkraft der ungarischen Krone auch im Innern des Landes zu heben. Diejenigen Kaufleute, besonders Kaufleute der Lebensmittelbranche, die nach Maßgabe des Steigens des Kronenkurses nicht die Preise herabgesetzt haben, sind mit Internierung und Verlust der Handelskonzessionen bestraft worden. Am ersten Tage des Inkrafttretens der betreffenden Verfügung sind in 100 Fällen gegen Kaufleute Disziplinar-Gerichtsverfahren angestrengt worden. In den Markthallen amtieren ständig Beamte, die sofort Strafen für Wucher diktieren. Die energischen Maßnahmen der Regierung haben schon eine Ermäßigung der Preise um 30 Prozent zur Folge gehabt. Es besteht die Hoffnung, daß der Züricher Kurs der Krone auf 0,60 steigt. Aber auch dieser Kurs entspricht nicht der Kaufkraft im Lande.

Zulassung Ungarns zum Völkerbund beantragt.

Prag, 16. August. „Narodni Listy" melden, daß auf der Konferenz der Delegierten der Staaten der kleinen Entente die Frage der Zulassung Ungarns in den Völkerbund besprochen werden wird.

Aus Litauen.

Die deutsch-litauischen Beziehungen.

Kowno, 11. August. Das Kownoer „Echo Litauen" bringt eine Unterredung mit dem neuernannten deutschen Vertreter in Litauen, Geheimrat Dr. Olshausen, und Äußerung des litauischen Vertreters in Deutschland, Herrn Sidsikanskas über die deutsch-litauischen Beziehungen. Geheimrat Olshausen bezeichnet es als seine nächste Aufgabe, den befriedigenden Abschluß der deutsch-litauischen Verhandlungen über Finanz- und wirtschaftliche Fragen vorzubereiten. Er betonte dabei die offensichtliche beiderseitige Bereitschaft, zu einer Übereinkunft zu

Reise nach Sowjetrußland.

Von Walter Eberhard Freiherr von Medem.

I. (Nachdruck verboten.)

Riga.

Riga, Anfang August.

Als der internationale Schnellzug am Morgen Mitau passierte, die so gut bekannte Strecke nach Riga vorwärts eilte und dann über die große eiserne Dünabrücke donnerte, war mir das Herz voll von stolzen und wehmütigen Erinnerungen. Die Tage lagen ausgebreitet vor mir, in denen wir reichsdeutschen Freiwilligen an der Seite deutsch-baltischer und lettischer Freiwilliger gekämpft hatten um jedes Stück Boden, das mein Auge nun im Fluge vorbeiziehen sieht, in denen wir mit großen, starken deutschen Idealen unser Leben einsetzten für unsere Blutsbrüder und -schwestern im Baltenland. Die alte Brücke Lübeck mußte die Erinnerung wachrufen an jene Mittagsstunde des 22. Mai, als eine Schar tollkühner Männer im Maschinengewehrfeuer der Bolschewisten, der damaligen Herren Rigas, vorwärts stürmend im Handstreich das jenseitige Ufer gewann und dann die Tore der Geiselgefängnisse öffnete. Und was sich in denen an menschlichem Leid uns offenbarte, auch das mußte in dieser Morgenstunde wieder vor meiner Seele stehen.

Riga. Der Zug hält auf dem Hauptbahnhof, und wir mischen uns in das geschäftige Leben und Treiben der Stadt. Die Vergangenheit ist ausgewischt, die unnützen Reflexionen über das, was wir gewollt und nicht erreicht haben, vielleicht hätten erreichen können, all die Last von Schuld und Sühne vergangener Jahrhunderte ist zerronnen in dem Lichte dessen, was ist.

Riga lebt. Der lettische Staat des lettischen Volkes lebt, und in ihm kämpft ein Häuflein tapferer Deutsch-Balten um die Eigenart ihrer Kultur und um ihre Daseinsberechtigung auf dem Boden, in der Luft, die sie lieben, wie nur ein Balte seine Heimat lieben kann.

Riga bietet das Bild pulsierenden Lebens und des Wollens zu organischer Ordnung. Man spürt das Wollen eines jungen, selbstbewußten Volkes zu wirtschaftlicher, politischer und kultureller Betätigung. Man sieht es bis zu den kindlichen Überspannungen und Überhebungen, die alle deutschen Straßennamen verschwinden ließ und die lettische Presse immer wieder zu gereizten Ausfällen gegen die deutschstämmige Minderheit führt. Ein Blick auf den Hafen, auf die Auslagen der Geschäfte, ein Gang durch die Industrieviertel zeigt zwar, daß die Wirtschaft des jungen lettländischen Staates noch arg in den Kinderschuhen steckt. Nur ein Bruchteil der einstmals stolzen Industrie Rigas ist wieder aufgebaut, und was aus dem Rigaer Hafen an Holz und Flachs ausgeführt wird, deckt nicht die notwendige Einfuhr an Lebensmitteln. Auch die Tatsache, daß Lettland Brotgetreide einführen muß, beweist, wie die Agrarproduktion des einst so reichen Kurlandes und Livlands im Argen liegt. Die Enteignung des deutschen Großgrundbesitzes und dessen Aufteilung, die der junge lettische Staat glaubte vornehmen zu müssen, um den Kommunismus der Landlosen einzudämmen, — die es sicher aber auch vorgenommen hat mit der klaren Tendenz, die Macht der einstmals Herrschenden ein- für allemal zu brechen —, die sind nicht ohne schwere wirtschaftliche Folgen für das Land geblieben. Aber man muß doch anerkennen, was in Lettland alles für die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion getan wird. Das Land ist größtenteils, wenn auch schlecht, bestellt, und überall sieht man Wiederaufbautätigkeit bei den zerstörten Gehöften. Die diesjährige Informationsreise lettischer Landwirte nach Ostpreußen ist ein weiterer Beweis für den Wiederaufbauwillen. Man will in Lettland lernen und verschließt sich nicht der Einsicht, daß man lernen müsse und besonders auch von Deutschland viel lernen könne.

Was einem Beobachter der lettischen Verhältnisse namentlich auffällt, ist das besonders rege Interesse, das man in Lettland für alle kulturellen Fragen hat. Die Presse, lettische wie deutsche, beschäftigt sich mit diesen Dingen viel eingehender, wie wir es in Deutschland gewöhnt sind. Die Schulfrage spielt hier eine besondere Rolle, und man muß anerkennen, daß der lettische Staat mit dem Schulgesetz für die Minderheiten seiner deutschstämmigen Bevölkerung sehr viel weiter entgegengekommen ist, als es der russische Staat jemals getan hat. Auch die kirchliche Frage erfüllt das Volksleben. Ein Ereignis kirchenhistorischer Bedeutung ist in Deutschland viel zu wenig beachtet worden, nämlich die Annäherung der evangelischen Kirche an die schwedische. Mitte Juli weihte der schwedische Bischof Soederblom in Riga einen lettischen und einen deutschen Geistlichen zu Bischöfen der lettischen und der deutschen Kirchenzemeinden Lettlands. Regierung und Bevölkerung nahm an diesem Weiheakt regsten Anteil. Damit ist die Vereinigung der Kirchen, der skandinavischen und der Randstaaten Finnland, Estland und Lettland, vollzogen. Für die deutsche Frage in Lettland ist es bezeichnend, daß, im Gegensatz zu Estland, die deutsche Kirche paritätisch zur lettischen einen Bischof besitzt.

Welche Bedeutung die kulturelle Entwicklung für den jungen lettischen Staat hat, erkannten auch sehr bald die fremden Nationen. Es ist interessant, zu beobachten, wie England, Frankreich und Schweden sich in Lettland kulturell zu betätigen suchen. Durch Aufrufe in den meisten englischen Zeitungen hat England vor einigen Monaten eine Bücherspende für die lettischen Bildungsanstalten aufgebracht, die englische Sprache und englische Kultur dem lettischen Volke näherbringen soll. Besonders betätigen die Engländer sich auch auf dem Gebiete des Säuglingsschutzes. Eine kürzlich in Riga abgehaltene Ausstellung: „Mutter und Kind" war von den Engländern veranstaltet. Das lettische Schulgesetz enthält denn auch die Bestimmung, daß in allen Volksschulen der Lehrer Englisch oder Deutsch als zweite Sprache obligatorisch zu lehren hat. Nur in Pommerellen, einer Provinz, in der auch Polen wohnen, ist der russische Unterricht eingeführt. Besonders tätig sind die Franzosen. Es gibt in Riga eine „Alliance Française", die das Studium junger Letten in Frankreich vermittelt und propagiert. Schweden betätigt sich besonders auf dem charitativen Gebiete des Roten Kreuzes. Aber auch die kirchliche Annäherung Lettlands an Schweden wird die kulturellen Beziehungen beider Länder vertiefen. Die Letten sehen in den Schweden ein ihnen geistig und rassenmäßig verwandtes Volk und haben das auch in einer Denkschrift auf der Konferenz in Genua niedergelegt.

Die größte Hochachtung muß man der Arbeit der Deutsch-Balten zollen, die in treuer Liebe zur Heimat, allen Schwierigkeiten zum Trotz, in Lettland geblieben sind, und die auf dem Boden ehrlicher Politik im lettischen Staate ein staatserhaltendes, staatsförderndes Element sein wollen, für die Wahrung und Erhaltung ihrer deutschen kulturellen Art sich einsetzen und ein wirtschaftliches Dasein sich zurückerkämpfen. Die Deutsch-Balten Lettlands machen mustergültige und auch erfolgreiche Minderheitenpolitik. Sie leben nicht, wie manche ihrer in Deutschland lebenden Emigrantenbrüder glauben mögen, von Kompromissen. Ihre Autonomie auf kirchlichem und dem Schulgebiet zeigt ihren Erfolg. Und die Atmosphäre des Rassenhasses, in der die lettische Bevölkerung in den letzten Jahren lebte, scheint sich immer mehr aufzuklären. Langsam zwar, sehr langsam bahnt sich eine Verständigung an, die früher leichter zu haben gewesen wäre. Die Letten beginnen den Wert der deutschen Kultur einzusehen, sie fühlen vielleicht instinktiv, daß sie in dem Zustand ihrer völkischen Entwicklung bewußt an irgend ein Kulturzentrum sich anlehnen müssen. Die Hoffnung ist nicht ausgeschlossen, daß die kulturellen Beziehungen zwischen dem Deutschen und dem Lettischen sich einmal inniger gestalten werden, als es heute den Anschein hat. Die deutsche Minderheit in Lettland empfindet, das muß offen ausgesprochen werden, die Betätigung der Emigranten im Auslande oft störend bei ihrer Arbeit. Sie sähen die deutsch-baltische Jugend lieber im lettischen Staate sich betätigen und damit auch die kulturelle Kraft der deutschen Minderheit stärken. Freilich heißt es für die zurückkehrenden Emigranten sich mit den gegebenen Verhältnissen grundsätzlich abfinden, mitzuarbeiten für den lettischen Staat im allgemeinen und für die deutschstämmigen Brüder im besonderen. Wo Herrenleben war, muß Arbeitsleben ums tägliche Brot einsetzen. Aber den Tüchtigen, das versicherten mir Führer der Deutschen in Riga immer wieder, sind in Lettland Zukunftsmöglichkeiten gegeben. Wer Boden und Heimatluft liebt, kann hier auch um seine Existenz ringen und vorwärtskommen. Zudem scheint es, als ob die kommenden Wahlen eine Stärkung jener bürgerlichen lettischen Parteien bringen werden, die eine Festigung des wirtschaftlichen Lebens ebenso anstreben, wie die deutschen Parteien in Lettland. Ein solches Ergebnis der kommenden Wahlen wäre auch mit ein Erfolg jener deutschen Minderheitenpolitik, die mutig einen Strich unter die Vergangenheit setzte und dem lettischen Staate und dem lettischen Volksleben auch innerlich gerecht werdend, ihre Kraft auf die Wahrung und Förderung ihrer kulturellen deutschen Art sammelte.

Ein Wort über die wirtschaftlichen Zukunftsmöglichkeiten Lettlands. Es ist in Deutschland viel zu wenig beachtet worden, daß vor einigen Monaten die Sowjetregierung durch ein Dekret allen Waren Zollfreiheit gewährte, die Erzeugnisse Lettlands, Litauens oder Estlands sind. Das eröffnet für die in Lettland sich niederlassenden Industrien die größte Möglichkeit. Die Maßnahme der russischen Regierung zeigt aber auch, welche Bedeutung man in Moskau den Randstaaten, und insbesondere damit Lettland, als Grundlage für den Wiederaufbau Rußlands beimißt. Die im Vertrage von Rapallo gewollte deutsche Wirtschaftspolitik mit Rußland erfordert also logischerweise eine besondere Pflege der Beziehungen zu den Randstaaten. Diese beiden Probleme lassen sich nicht trennen. Es wird daher über Lettland und Estland noch manches aufklärende Wort in Deutschland zu sagen sein. Eines ist sicher: wir Deutsche dürfen die Dinge in den baltischen Staaten nicht durch die Brille der baltischen Emigranten betrachten, sondern müssen uns ebenso mit dem, was ist, abfinden, wie es die deutsche Minderheit in Lettland tut. Darüber hinaus: Wir müssen dem politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Streben des jungen lettischen Volkes gerecht werden und es achten.

gelangen. Deutschland hegt eine besondere Sympathie für die jungen baltischen Staaten. Sein Interesse findet weitestes Entgegenkommen seitens der litauischen Regierungsstellen.

Herr Sidsikanskas hebt die günstigen Ergebnisse der Bemühungen hervor, die Beziehungen zwischen beiden Ländern zu regeln. Es müßte jedoch noch eine große vorbereitende Arbeit geleistet werden, ehe die litauisch-deutsche Konferenz in diesem Herbst zusammentreten kann, um die Grundfragen über die Liquidation der deutschen Währung in Litauen, die Kriegsschäden und den Abschluß eines Handelsvertrages zu regeln.

Schwierigkeiten im Wirtschaftsleben Litauens.

Kowno, 14. August. Die gesamte Presse Litauens beschäftigt sich ausführlich mit dem Plan der Regierung, bis zum 1. Januar nächsten Jahres die bereits vor längerer Zeit angekündigte neue litauische Währung einzuführen. Man macht sich keine Illusionen darüber, daß das ein sehr gefährliches Unterfangen ist, das sehr leicht zum Unheil Litauens werden kann. Man weist aber auf den Zusammenbruch der Mark hin, der sich in Litauen noch viel schwerer bemerkbar macht und eine ungeheure Teuerung hervorgerufen hat. Selbst zum bescheidensten Leben in Kowno gehören heute monatlich mindestens 10 000 deutsche Mark ohne Heizung und Bedienung. Der Zusammenbruch der Mark äußert sich in der litauischen Wirtschaft aus dem Grunde besonders schwer, weil dieser junge Staat ohne eigene Industrie an Amerika tief verschuldet ist. Nach Berechnung der offiziösen „Lituva" schuldet Litauen an Amerika 12½ Millionen Dollar.

Aus den baltischen Staaten.

Die Agrarreform in Lettland.

Riga, 17. August. Den letzten Informationen zufolge erhalten die Großgrundbesitzer in Lettland, die Ausländer sind, im Zusammenhang mit der geplanten Enteignung das Recht der freien Liquidierung ihrer Güter. Ein entsprechender Entwurf wird in Regierungskreisen erwogen.

Anschlag auf den D-Zug Berlin—Riga.

Riga, 16. August. Die in Litauen an der lettischen Grenze grassierenden Banditen haben einen Anschlag auf den direkten Zug aus Berlin nach Riga verübt, indem sie einen großen Damm aus Ziegeln auf dem Geleise aufbauten. Der Damm wurde jedoch zur rechten Zeit bemerkt und die drohende Gefahr abgewendet.

Estnische Studienreise nach Deutschland.

Reval, 17. August. Um die Schulverhältnisse in Deutschland kennen zu lernen, begaben sich der Leiter des Dorpater städtischen Schulamtes Reeben und der Direktor der öffentlichen deutschen Mittelschule Pauschus nach Deutschland, wo sie sich etwa 4 Wochen aufhalten werden. Herr Reeben beabsichtigt außerdem, aus Deutschland eine größere Menge Schulbücher und Bedarfsartikel für chemische Schulkabinette mitzubringen.

Aus Italien.

Bestrafung von Eisenbahnbeamten.

Rom, 16. August. Die italienische Regierung hat eine strenge Bestrafung der Eisenbahnbeamten, die an dem letzten Generalstreik teilgenommen haben, angeordnet. Der Strafe sollen ungefähr 50 000 Funktionäre unterliegen, und zwar durch Zurückhalten in der Beförderung und sogar durch Entlassung.

Südslawische Note an Italien.

Rom, 13. August. Das „Giornale d'Italia meldet, daß die Belgrader Regierung ihrem Gesandten in Rom den Auftrag gegeben hat, bei der italienischen Regierung zwecks Erfüllung des in St. Margherita abgeschlossenen Vertrages, der die Räumung der dritten Zone von Dalmatien, die Absendung einer gemischten Kommission für die Festsetzung der Grenze von Fiume usw. betrifft, vorstellig zu werden. Die Belgrader Regierung will sich, falls diese Forderungen nicht berücksichtigt werden sollen, an den Völkerbund wenden.

Polen und Deutschland.

Der deutsche Transitverkehr durch Polen.

Warschau, 14. August. (Tel.-Un.) Im Bureau der Delegation für die deutsch-polnischen Verhandlungen fand eine Konferenz statt, in der Fragen behandelt wurden, die den Deutschland zu gewährenden Transitverkehr nach Sowjetrußland und der Ukraine betrafen. Der Güterverkehr soll sich im Sinne des Artikels 12 des Rigaer Vertrages vom 18. März 1921 abwickeln. Ausgeschlossen von der Beförderung sind Waren, die im vierten Absatz des Artikels verzeichnet sind, das heißt Kriegsmaterial, militärische Ausrüstungen usw. Die genauen Bestimmungen über den Transitverkehr werden in einer besonderen Konferenz, die im September in Dresden stattfinden wird, festgelegt werden.

Aus Polen.

Evangelische Synode in Warschau.

Warschau, 17. August. Gestern begannen die Beratungen der evangelischen Synode, zu der Pastoren aus ganz Polen eingetroffen sind. Der wichtigste Teil der Beratungen ist die Frage der Verfassung der evangelischen Kirche in Polen, welche die Ausgleichung der Ansichten der Deutsch- und Polnisch-Evangelischen erfordert.

Verkehrskonferenz mit Litauen.

Wilna, 17. August. Heute beginnt die Konferenz der Vertreter Polens und des Kownoer Litauens über Verkehrs- und Zollfragen.

† **Das französische Kreuz der Ehrenlegion für Polen.** Der Präsident der französischen Republik hat dem Gesundheitsminister Dr. Chodzko, dem Rektor der Warschauer Universität Dr. Mazurkiewicz und dem Rektor der Posener Universität Dr. Swięcicki das Kreuz der Ehrenlegion verliehen.

† **Unterschlagungen in der Handelsbank in Warschau.** Die Untersuchung in der Angelegenheit der Unterschlagung in der Handelsbank in Warschau nimmt immer größeren Umfang an. Die Untersuchung ergab, daß in der Zeit vom 1. April bis 1. Juli d. Js. 480 Millionen polnische Mark unterschlagen wurden. Ein bedeutender Teil dieser Summe läßt sich deswegen decken, weil er in Handels- und Industrieobjekten, Realitäten und Provisionen gesichert ist, die Eigentum der an der Unterschlagung beteiligten Hauptpersonen Weiß und Rulski sind. Der am Sonntag in Krakau verhaftete Weiß hält daran fest, daß bei der gesamten Affäre der Gedanke zugrunde lag, daß das entnommene Geld die Form einer Anleihe bilden sollte, welche man der Bank in dem Augenblick zurückgeben wollte, wenn die von durch Weiß geführten Unternehmen sichere Gewinne bringen würden.

Freistaat Danzig.

Hundertjahrfeier der Danziger Kaufmannschaft.

Danzig, 15. August. Anläßlich der Hundertjahr-Feier der Gründung der Danziger Kaufmännischen Korporation, die im Börsengebäude im Artushof stattfand, hielt der Vizepräsident des Senats, Dr. Ziehm, eine Rede. Er knüpfte an die durch den Versailler Vertrag geschaffenen Verhältnisse an und gab der Danziger Kaufmannschaft für ihre Mitarbeit bei dem Handelsvertrage mit Polen seine Anerkennung zum Ausdruck. „Die wirtschaftliche Zukunft Danzigs ist nicht vorherzusehen. Sie ist gleichwohl von der Entwicklung der Republik Polen, mit der die Danziger enge wirtschaftliche Beziehungen verbinden, und mit der die Danziger in Freundschaft zu leben wünschen, abhängig. Weiter ist die wirtschaftliche Zukunft Danzigs von den Randstaaten abhängig, insonderheit von der Frage, wann Rußland am Welthandel teilnehmen wird. Weittragende Bedeutung haben auch die Beziehungen zwischen der Freistadt und dem Deutschen Reiche. Dieses liefert der Freistadt Waren, die Danzig nicht entbehren kann." Auf die Schiffsmodelle, die sich im Artushof befinden, hinweisend, erinnerte der Redner an die glänzende Vergangenheit Danzigs, das zum Hanseatenbund gehört und im Mittelpunkte des Weltverkehrs stand. Seine Rede endigte er mit dem Ausruf: „Floreat commercium."

Verschiedene Streitpunkte mit der Republik Polen.

Danzig, 17. August. In der Sitzung des Danziger Volkstages am 14. d. Mts. hat der Vizepräsident des Senats Dr. Ziehm einen Bericht über die strittigen Fragen mit Polen erstattet. Nach seiner Meinung fordert der Generalkommissar der Republik Polen in der Frage der Ausweisung von polnischen Bürgern aus Danzig mit Unrecht eine vorherige Benachrichtigung des Kommissars von Polen und die Angabe von Gründen für die Ausweisung. Der Völkerbund hat entschieden, daß Danzig das Recht hat, polnische Bürger auszuweisen, und die polnische Regierung ihrerseits sich in den einzelnen Fällen an den Oberkommissar des Völkerbundes wenden kann. Die zweite Streitfrage ist die Aufstellung einer Zollstatistik für die Waren, die aus Polen nach Danzig ausgeführt werden. Der Senat geht von dem Standpunkte aus, daß Danzig verpflichtet sei, eine Statistik der Waren, die der Zollgebühr unterliegen, und nicht aller Waren, auch der, die zollfrei sind, anzugeben. Die Statistik des Außenhandels ist ein besonderer Verwaltungszweig, der nicht den polnischen Vorschriften unterliegt. Diese Vorschriften fordern die polnische Sprache, während die Pariser Konvention festgesetzt hat, daß die Zollformulare in deutscher Sprache angefertigt werden sollen.

Danzig, 17. August. Unter Vorsitz des Oberkommissars finden Verhandlungen über folgende Streitfragen statt: Die Berufung Polens gegen das Urteil vom 25. Mai 1922, das den Postverkehr betrifft. Auf Antrag Danzigs soll der Oberkommissar über folgende Fragen, zu denen die polnische Regierung noch keine Stellung genommen hat, sein Urteil abgeben: 1. Die Vertretung Danzigs auf internationalen Kongressen. 2. Die Beteiligung Danzigs beim Abschluß von Handelsverträgen durch Polen. Danzig protestiert dagegen, daß es beim Abschluß des Handelsvertrages Polens mit Frankreich nicht zugezogen worden ist. 3. Die Bildung eines Sowjetkonsulats in Danzig. 4. Der Protest Danzigs gegen die Ausübung von Messungsarbeiten durch polnische Regierungsschiffe auf der Danziger Weichsel. 5. Die Teilnahme Danzigs an der Konferenz in Brüssel. Danzig seinerseits hat gegenüber folgenden Fragen noch keine Stellung eingenommen: 1. Die Verpachtung von Grundstücken und Gebäuden, die dem Hafenrat gehören. 2. Regelung der Rechte hinsichtlich des Erwerbs von Terrain in Danzig durch polnische Bürger.

Die Lohnbewegung der Danziger Hafenarbeiter.

Danzig, 14. August. (Telunion.) Die Lohnverhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und den Hafenarbeitern haben zu einer Einigung geführt. Es wurde ein Tagelohn von 420 Mark für Hafenarbeiter vereinbart.

Flottenbesuche in Danzig.

Danzig, 14. August. (Telunion.) Wie das Warschauer Außenministerium mitteilt, wird ein Geschwader finnischer Kriegsschiffe demnächst in Danzig eintreffen. Auch ein Teil der 4. britischen Torpedoboot-Flottille wird Anfang September auf der Rückfahrt von Riga Danzig anlaufen und hier längere Zeit verweilen.

Danziger Fragen vor dem Völkerbundrat.

Danzig, 14. August. (Telunion.) Nach einer Mitteilung des Sekretariats des Völkerbundes beginnt die diesjährige Vollversammlung des Völkerbundes am 4. September in Genf. Der Rat wird bereits Ende August zu einer Sitzung zusammentreten, wobei voraussichtlich auch wieder einige Danziger Fragen auf der Tagesordnung stehen dürften.

Aus Sowjetrußland.

Die Abkehr von den Richtlinien der Genua-Haag-Politik.

Moskau, 16. August. (Tel.-Un.) Litwinow ist zu einer Kur ins Ausland abgereist. In einem Interview hat er den Moskauer Journalisten mitgeteilt, die Konferenz im Haag habe die vollkommene Unzweckmäßigkeit weiterer Kollektivverhandlungen bewiesen. Es bliebe jetzt nur der Weg zu Vereinbarungen durch Separatverhandlungen mit einzelnen Regierungen, und zwar nur, wenn die Initiative von diesen ausgehe. Die günstige innere Lage erlaube der russischen Sowjetrepublik, ruhig die kommenden Ereignisse abzuwarten.

Gesetzliche Festsetzung des Eigentumsrechtes in Rußland.

Moskau, 17. August. (Tel.-Un.) Für den 4. Kongreß des Exekutivkomitees hat das Justizkommissariat ein Projekt für das bürgerliche Eigentumsrecht ausgearbeitet. Die angegebene Grundidee des Projektes ist der Schutz des Eigentumsrechtes der Privatpersonen und die Gewährung des Rechtes, ihre Privatverträge durch das Gericht zu verteidigen. Das Projekt enthält auch die Grundlagen des Rechtes für Ausländer. Im Vordergrunde stehen hier die Interessen der arbeitenden Klasse. Land kann nur in Pacht gegeben werden, darf aber nicht als Privateigentum gelten.

Weitere Massenverhaftungen.

Riga, 17. August. Die Lettländische Telegraphen-Agentur berichtet aus Moskau, daß die Verhaftungen in den Kreisen der Sozialrevolutionäre fortgesetzt werden. Sogar die Familienmitglieder von Sozialrevolutionären sowie Personen, die schon vor mehreren Jahren aus der Partei ausgetreten sind, werden verhaftet. Die Verhafteten werden von der politischen Hauptverwaltung zur Ansiedlung in die Grenzgebiete der Republik des Fernen Ostens geschickt. Es wird bald ein neuer Prozeß erwartet, denn die im Nishnij-Nowgoroder Gefängnis internierten Sozialrevolutionäre sind schon dem Tribunal übergeben worden. — In Minsk haben zahlreiche Verhaftungen stattgefunden, da der ehemalige Vizegouverneur von Minsk, Wischnowski, gegenrevolutionäre Elemente um sich schart, um Tichon zu unterstützen.

Krestinskis befestigte Stellung.

Berlin, 16. August. Der russische Botschafter in Berlin, Krestinski, wird sich, wie aus Moskau gemeldet wird, an den jetzt dort stattfindenden wichtigen Verhandlungen, die der Realisierung des Rapallo-Vertrages gewidmet sind, beteiligen. Krestinski erhält darauf einen längeren Urlaub, von dem er wahrscheinlich Mitte September nach Berlin wieder zurückkehren wird. Die feste Stellung, die Krestinski im Laufe der letzten Monate sich in Berlin zu schaffen verstanden hat, läßt seine Rückberufung von dem diplomatischen Posten, der heute für den wichtigsten des räterussischen Außenministeriums gilt, nicht wahrscheinlich erscheinen. Die definitive Besetzung des Postens eines Finanzkommissars durch den jetzigen Stellvertreter soll Moskauer Nachrichten zufolge unmittelbar bevorstehen. Krestinski begibt sich in einigen Tagen aus Moskau zur Kur nach einem westdeutschen Bade.

Sowjetrußland als Militärstaat.

Nach den neuesten Feststellungen hat sich das Heer Sowjetrußlands im Laufe von 1921 und 1922 etwas verringert. Die gegenwärtige Stärke wird auf 1 200 000 Mann geschätzt. Davon lassen sich jedoch nur 700 000 Mann als eigentliches Feldheer ausnutzen. Alle Art Soldatenräte sind aus dem Heer völlig verbannt. Die russischen Polizeitruppen, die Tscheka, bilden einen Elitestamm. Die vor der Genua-Konferenz verbreiteten Gerüchte, nach denen die Tscheka-Organisationen aufgelöst werden sollten, haben sich nicht bewahrheitet. Sie hat nur ihren Namen gewechselt.

Die neuen russischen Generalstabsoffiziere.

Moskau, 15. August. Seit dem Sturze des Kaiserreichs in Rußland fand jetzt in Moskau zum ersten Male wieder die feierliche Entlassung der Absolventen der neuen russischen Generalstabsakademie statt.

Vergünstigungen für ausländische Schiffe in russischen Häfen.

Moskau, 15. August. Nach einer Meldung der „Iswestija" gedenkt die russische Zollverwaltung bei ausländischen Schiffen, welche wiederholt in ein und denselben russischen Hafen einlaufen, einen Abzug von den Schiffsabgaben festzusetzen.

Sinkende Brotpreise.

Moskau, 10. August. Die „Ekonom. Shisn" bringt sehr erfreut die Nachricht, daß zum ersten Mae in Rußland seit Juli 1914 die Preise für Brot und Getreide im Fallen begriffen sind. In der Provinz Kiew sei das Angebot von neuem Getreide so groß, daß die Aufkäufer systematisch die Preise drücken. In Podolien kostet ein Pud Roggenmehl nur noch 3,6 Millionen Rubel, 360 Rubel neuer Emission.

Reiche Vorräte von Textilrohstoffen in Rußland.

Eilwese, 14. August. Das russische Textilsyndikat besitzt 250 000 Pud Lein, 50 000 Pud Hanf und 45 000 Pud Rohseide im Werte von 1 Million Vorkriegsrubel auf Vorrat. Das Syndikat beabsichtigt, diese Waren für deutsche Farben und deutsche Maschinen ans Ausland zu verkaufen.

Politische Tagesneuigkeiten.

Reparationsproblem und Weltkongreß der zweiten Internationale. Das Exekutivkomitee der zweiten Internationale beschloß, baldigst einen Weltkongreß unter Ausschluß der Kommunisten einzuberufen. Dieser Weltkongreß soll, wie Vandervelde mitteilt, in Deutschland, vielleicht auch in Prag oder Wien stattfinden. Das Reparationsproblem werde auf dem künftigen Weltkongreß den Hauptprogrammpunkt bilden.

Der Streik der amerikanischen Kohlenarbeiter, der seit dem 1. April dauerte, ist am Dienstag unter vorläufiger Beibehaltung der früheren Lohnsätze beendigt worden.

In Kalabrien ist in diesen Tagen ein antiker Kirchhof mit 60 Gräbern entdeckt worden.

Deutsches Reich.

** **Die Errichtung des Reichskriminalpolizeiamtes.** Nach einer Mitteilung des „Berl. Tagebl." ist man im Reichsministerium des Innern mit der Organisation des neuen Reichskriminalpolizeiamtes angelegentlichst beschäftigt. Es dürfte im engsten Anschluß an das bisherige Reichskommissariat für die öffentliche Ordnung errichtet werden und dieses vielleicht ganz in sich aufnehmen. Bis zum 1. September sollen auch die neuen Reichsdisziplinargerichte überall eingerichtet und in Tätigkeit gesetzt werden.

** **Das Verfahren gegen Anspach.** Wie die Tel.-Union erfährt, nimmt das Verfahren gegen den Fälscher Anspach seinen Fortgang. Es scheint, als ob dadurch eine gewisse Verzögerung eingetreten ist, daß die Gerichtsbehörde noch keine Klarheit darüber gewinnen konnte, ob nicht entscheidende Teile des Prozesses vor den Staatsgerichtshof gehören.

** **Der D-Zug Berlin—Köln entgleist.** Heute nachmittag entgleiste kurz hinter Spandau der D-Zug 22 Berlin—Köln. Menschenleben sind nach den bisher vorliegenden Meldungen nicht zu beklagen. Ein junges Mädchen erlitt einen Nervenchok. Der Verkehr wurde durch Umleitung des Verkehrs notdürftig aufrechterhalten. Die Ursachen sind noch unbekannt.

** **Untergang eines Seglers.** Das deutsche Motor-Segelschiff „Hermann" ist mit einer Ladung von 80 Tonnen auf der Fahrt von Riga nach Stettin auf hoher See im Sturm untergegangen. Die gerettete Mannschaft ist im Memeler Hafen gelandet.

** **Ein Wettkampf der Telegraphisten.** Der dritte internationale Telegraphistenwettstreit findet, wie bereits kurz gemeldet, in den Tagen vom 18. bis 21. August in Berlin statt; er hat den Zweck, in den Telegraphisten aller Länder einen nützlichen Wetteifer zu entfachen und sie zu möglichst großer Vervollkommnung ihrer Telegraphierfertigkeit anzuspornen. Er soll ferner zur Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Teilnehmern am Wettbewerb führen und dadurch den Betrieb — namentlich an den internationalen Leitungen — fördern. Die Durchführung des Wettstreits hat das Reichspostministerium übernommen, und unter Oberleitung des Staatssekretärs Bredow sind alle Vorbereitungen getroffen worden; bisher haben sich Telegraphisten aus 17 Ländern zu diesem Wettstreit angesagt; Engländer, Belgier und Franzosen haben ihre Teilnahme ablehnen zu müssen geglaubt. Um die deutschen Teilnehmer für diesen Wettstreit auszuwählen, fand Anfang Juli ein nationaler Telegraphistenwettstreit statt, an dem sich 765 Beamte an 38 deutschen Telegraphenämtern beteiligten und der kaum zu übertreffende Höchstleistungen deutscher Telegraphisten zeigte. Am Morse-Apparat erreichte die Höchstzahl Obertelegraphensekretär Woettky (Schneidemühl), der in einer Stunde 900 Wörter gab und 898 stündlich aufnahm. Am Hughes-Apparat gelang es dem Telegraphensekretär Kubis (Breslau), mit 1528 Wörtern in der Stunde die Höchstleistung zu erzielen; am Baudet-Apparat wurde der Postinspektor Willing (München mit 1224 Wörtern in der Stunde als bester befunden; am Siemens-Apparat erreichte die Telegraphengehilfin Frau Bansemer (Breslau) mit stündlich 2730 Wörtern die Höchstzahl, und am Weatstone-Apparat trug Telegraphensekretär Kroe aus Berlin mit 1045 Wörtern den ersten Preis davon. Am Summer, bei der Aufnahme von Funktelegrammen erwies sich Obertelegraphensekretär Heerdt (Kassel) mit stündlich 998 Wörtern als der beste. Der jetzige internationale Wettkampf wird zeigen, ob sich die deutschen Leistungen noch überbieten lassen.

** **Die Tagung des Vereins für das Deutschtum im Auslande.** Die 41. Tagung des Vereins für das Deutschtum im Auslande begann hier mit ihrem offiziellen Teil gestern unter dem Vorsitz von Direksen mit der Sitzung des Hauptvorstandes und mit einer Sitzung des Hauptausschusses. Die beiden vorangegangenen Tage waren mit Sitzungen des Landesverbandes Bayern und der Frauengruppe des Vereins ausgefüllt.

Von der Reise zurück.

Dr. med. Heider,
Spezialarzt für Haut- u. Geschlechtskr.,
Poznań, Wielka 7. [386

Harder'sche
Kartoffel-Ausgraber

Kartoffel- / Rüben- **Gabeln**

offeriert [8146

Woldemar Günter
Landwirtschaftl. Maschinen u. Bedarfsartikel, Fette und Oele,
Poznań, ulica Sew. Mielżynskiego Nr. 6 (früher Viktoriastraße.) — **Telephon 52-25.**

Maschinen aller Art.

Komplette maschinentechnische Anlagen f. Brennereien, Zuckerfabriken, Mühlen und Sägewerke.

Maschinen f. Flachsaufbereitung

Lokomobilen, Feldbahn-Lokomotiven.

Spezial-Abteilung:
Werkzeugmaschinen u. Werkzeuge für Metall- u. Holzbearbeitung.
Beratung durch Spezial-Ingenieure.

Technik Gesellschaft für Handel u. Industrie m. b. H. & Co.

Warszawa, Bracka 17. — Berlin SW 11, Grossbeerenstrasse 7.
Danzig, 4. Damm 7. [8492

Meine Fabrikate:

Starke Breitdreschmaschinen mit Automobillagern, größte Leistung, leichtester Gang, reinster Drusch,

Kräftige Trommel-Häcksel-maschinen [2085 b
in gediegener Ausführung, Messer aus bestem Stahl geschmiedet,

Getreidereinigungs-maschinen u. Windfegen
in hochvollendeter Ausführung,

kaufen Sie bei mir für billigste Preise.
Lager aller Maschinen u. Ackergeräte.
Reparaturen schnell und billig.

Maschinenfabrik und Eisengießerei
K. Mielke, Chodzież, früher Kolmar.

Jos. Bromberg in Lubicz bei Toruń
En gros und détail.
Landwirtschaftl. Maschinen
Nähmaschinen verschied. Fabrikate
Milchzentrifugen, Buttermaschinen, Miele u. Milena.
Rheinmetall u. Zenit-Zentrifugen — Zentrifugen-Gummiringe und Fahrrad-Bereifung.
Stets grosses Lager zu Ausnahmepreisen. [8348

Gutgehendes
Manufaktur-
oder dergl. Geschäft sofort zu kaufen gesucht.
Offerten unt. **8553** an die Geschäftsstelle d. Blattes erbeten.

Geschäftslokal



zirka 100 qm, z. Zt. **Zigarren- u. Weinhandlung,** gutgehend, **2 gr. Schaufenster,** eleg. Aufmachung, elektr. Licht, Zentralheizung, gr. **Industriestadt b. Magdeburg,** Hauptstraße gelegen, **sofort zu verkaufen.** Laden mit Inventar 150 Mille, Ware 150 Mille, braucht evtl. nicht mitübernommen zu werden. **Laden für alle Branchen geeignet.** [8513

Hiendlmaier, Brandenburg (Havel).

Geschäfts-Eckgrundstück
in **Grenzstadt** mit gangb. **Kolonialwaren-Geschäft u. Schank,** früher auch Kohlenhandel, ist sofort an zahlungsfähigen Käufer **zu verkaufen.** [8574
Gustav Obst, Rawicz.

Deutsche Siedlung in Brasilien
hat noch einige Landparzellen jeder Größe unter sehr günstigen Bedingungen käuflich abzugeben. Erstkl. Land, herrl. Hochwald von Edelholz, fließ. Wasser, sehr gesundes Klima, beste Verkehrslage usw. Käufer wollen sich wenden an die Firma: 392]
Alexander Taszycki, Bydgoszcz, Dworcowa 13.

Pianinos
kauft [390
und zahlt die höchsten Preise.
Offerten:
„**Hotel Monopol**" unt. „**Pianino.**"

Kaufe künstliche Zähne
pro Zahn 200, 600 bis 1000 Mark.
Kallmannsohn, św. Marcin 34.

Preiswert verkäuflich:
1 **hochherrschaftl. Halbverdeckwagen,** (Viktoria), Lederpolsterung, Patentachsen, fast neu,
1 **Selbstfahrer,** ebenfalls wie neu, **2 Kutsch- u. 2 Ackergeschirre,**
1 **großer wasserd. Plan,** Friedensware 10×10 m,
1 **groß., guter Kupferkessel,** 100×65, geeignet für größ. Schlächterei, Marmeladenfabrik,
1 **Billard, 1 Kartoffeldämpfer, Böttchereihandwerkzeug, Brauerei-Lagerfässer, kupferne Rohrleitung, Eichapparat, Verpackung für Dampf.**
Werte Offerte unt. **8556** an die Geschäftsstelle d. Blattes erb.

Maschinen-, Motoren-, Zylinder- usw. **Oele** — Kamelhaar-, Baumwoll-, Hanf- **Treibriemen**
Maschinen-, Wagen-, Heißlager- **Fette** — Hoch- und Niederdruck- **Packungen**
Klingerit-, Asbest-, Gummi- **Platten** — Gummi-, Hanf-, Spiral- **Schläuche**
Wasserstands-, Reflexions-, Vasen- **Gläser** — **Draht-Seile**
Tropfölapparate, Staufferbuchsen, Putzwolle usw.
offerieren [2099 b
Sander & Brathuhn
Poznań, ulica Seweryna Mielżyńskiego 23 (Bauhütte). Telephon 4019.

Kaufe



Pianino
(Blüthner, Bechstein oder Quant)
zahle gut. Off. unter „**Amateur**" an **Wielkopolska Agencja Reklamy, Poznań, Gwarna 19.**

Pflug, **5-Schar., fast neu,** sehr wenig gebraucht, mit Reservekörpern, hat **billig abzugeben** [8581
G. Lengowski, Poznań, ul. Przemysłowa 23.

„MERKUR"
Offeriere waggonweise [8577
Knochen — **Transitware,**
brauche dauernd **gebrauchte, unbeschädigte Flaschen.**
Chełmno-Pomorze.

Welche Familie, in gesunder, waldreicher Gegend wohnend, nimmt **Mutter mit keuchhustenkrankem Kinde** für einige Wochen bei guter Vergütung auf? Offerten unter **N. N. 8549** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Junggeselle, Ende 40, in guten Verhältn., tücht. Handwerker, Inh. eines feinen Geschäftes im eigenen Hause, sucht treue Lebensgefährtin entspr. Alters, zwecks **Heirat,** die sich nach gutem Heim sehnt. Aussteuer erwünscht. Witwe nicht ausgeschlossen. Strenge Diskretion. Off. u. **8580** an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Photogr. Atelier
„beim Schloss"
(Sw. Marcin 37).
Moderne Porträts
für Legitimationen.
Auf eilige Photographien kann gewartet werden.

Deutsch. sucht Büffet (Nußbaum) **großes Sofa und Stühle,** gut erhalten **zu kaufen.** Gefl. Offerten unt. **8559** an d. Geschäftsstelle d. Blattes erb.

Teilhaberschaft
sucht nachweislich tüchtiger, evgl. **Güterverwalter,** 43 J. alt, **verh., verm., auch sehr geschäftskundig.** Uebernehme auch jede Leitung, wo Besitzer evtl. abwesend. Off. u. **8555** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Rittergüter u. Landgüter
aller Art und Größe werden für kapitalkräftige Reflektanten sofort zu kaufen gesucht. Gefl. Angeb. erb. a. d. **Landwirtschaftliche Kommissionsgeschäft St. Jax, Poznań, ul. Ratajczaka 10. Tel. 1778.** (8588

Rohe Küchen-Möbel ohne Verglasung,
kauft laufend waggonweise. Einfuhrerlaubnis vorhanden.
Alfred Nachmann, Berlin, Greifswalderstr. 224. [4017

Kalkstickstoff, Thomasmehl, zitratlöslich, sowie [8589
schwefelsauren Ammoniak,
hat jedes Quantum abzugeben
Firma P. Than Inh.: **Joachim Koenigk**
Ostrów, ul. Szpitalna 12. — Tel. 68.

Briefmarken-
Zentrale. Mit dem heutigen Tage habe ich in meiner Buchhandlung eine **Briefmarken-Abtlg.** angegliedert. Reiche Auswahl. — Fachmännische Bedienung. [392
E. Rehfeldsche Buchhandlung
(Curt Boettger), ul. Kantaka 5.

Stellenangebote

Gesucht zum 1. Oktober
Rechnungsführer(in), 8582
evgl. bev., der poln. Spr. in Wort und Schrift mächtig. Nur Zeugn.-Abschr. u. Gehaltsanspr. an **Rittergut Twierdzin bei Mogilno.**

Eine perfekte Verkäuferin
von sofort für meine Bäckerei gesucht. (8562
Teodor Toepper,
ul. Mokra 1.

Ein evgl. Fräulein zum 1. 10. als (8564
Stütze
der Hausfrau gesucht. Ang. erbitte an **Frau Gutsbes. Furchheim, Mylin, Post Szrodki,** pow. **Międzychód.**

Suche jüngeren, ledigen
Gärtner,
der auch Hausarbeit verrichtet. Zeugnisabschriften, Gehaltsforderung an **Dom. Gałązki b. Koźmin.** (8584

Zum 1. Oktober sucht ein **einfaches, evangel.** (8585
Fräulein
für alle Arbeit mit Familienanschluß in kinderlosem Haushalt. Gehalt nach Uebereinkunft. **Vogt, Pastor in Sieraków.**

Brennerei-Verwalter, verh. od. unverh., der poln. Sprache in Wort und Schrift mächtig, **von sofort gesucht.** Zeugnisabschriften sind einzusenden an die **Gutsverwaltung Lewice,** pow. Międzychód.

Perfekter Maschinist,
möglichst **mit Scharwerkern,** der auch mit **elektrischer Anlage** vertraut ist, **zum 1. Oktober gesucht.** [8579
Dominium Orłowo, pow. Inowrocław.

Perfekte Stenotypistin
für **große Gutsverwaltung** von sofort oder später **gesucht.** Offert. unt. **8575** an d. Geschäftsstelle d. Blattes.

Akkumulatoren-Säure
393] empfiehlt
M. Mrugowski,
św. Marcin 62.



Möbl. Zimmer in Wilda od. Zentr. zum 1. September **gesucht.** Angeb. unt. **8571** an die Geschäftsstelle d. Blattes erbeten.

Andacht in den Gemeinde-Synagogen.

Synagoge A
Wolnica.
Freitag, den 18. August, abds. 7 Uhr,
Sonnabend morgens 6½ Uhr, vormittags 9½ Uhr mit Neumondverkündung u. Predigt,
nachm. 4½ Uhr.
Sabbatausgang, abends 7 Uhr 59 Min.
Werktags-Andacht.
Morgens 6½ Uhr und abends 7 Uhr.

Synagoge B
(Israel. Brüdergemeinde), Ulica Dominikańska.
Freitag, den 18. August, abds. 7¼ Uhr.
Sonnabend, den 19. August, vorm. 10 Uhr mit Neumondverkündigung.
Werktags-Andacht.
Morgens 7 Uhr und abends 7 Uhr.



Landwirt, 27 J. alt, unverh., der poln. Spr. in Wort u. Schrift mächtig, sucht vom 1. 10. Stellung als
Inspektor
unter Leitung des Chefs. Gefl. Ang. u. **K. 8576** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Förster,
verh., 58 J. alt, evgl., **noch** sehr rüstig, ohne Fam., mit 40jähr. Praxis u. sehr guten Zeugn. sucht von sof. Stellg. Ang. sind zu richten an den **Deutschtumsbund, Abtlg. Stellenvermittlung, Waly Leszczynskiego 2.** (8586

Gärtner,
in älteren Jahren, verheir., mit langjähr. Zeugn., sucht vom 1. Oktober Stellung. **Johann Szczerbacki, Gärtner, Babin b. Strzałkowo pow. Września.** (8583

Weibl. Bürokraft,
deutsch und polnisch sprechend, bewand. in Stenographie und Schreiben, **sucht** per bald in Posen Stellung. Off. u. J. T. **8569** a. d. Geschäftsstelle d. Bl.

Junges Mädchen, 18 J. alt, evgl., Landwirtstochter **sucht**
zur Erlernung der Wirtschaft
Stelle mit voller Pension, auf **größerem deutschen Gute.** Gefl. Anfragen erbeten an **Schwanke, Gulczynek, Kr. Mogilno, Post Miława.** (8551

Besseres Kinderfräulein
sucht Stellung in besserem Hause. Angebote unt. **8572** an d. Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Aus Oberschlesien.

Die Steinkohlenproduktion Polnisch-Oberschlesiens.

Kattowitz, 15. August. Zum ersten Male seit der Abtrennung liegen nunmehr auch genauere Produktionsziffern für den polnischen Teil vor. Das Fachblatt „Industrie-Kurier" veröffentlicht die Zahlen für die Zeit vom 1. bis 23. Juli. (Es ist zu berücksichtigen, daß für die früheren staatlichen Gruben von der Französisch-Polnischen Pachtgesellschaft keine Angaben gemacht worden sind.) Die Gesamtproduktion belief sich auf 1 381 815 To.; das entspricht einer durchschnittlichen Tagesförderung von 73 194 To. in der ersten Juliwoche, 72 566 To. in der zweiten Woche, 72 343 To. in der dritten Woche. Der Gesamtabsatz betrug 1 266 445 Tonnen. Davon blieben in Polnisch-Oberschlesien insgesamt 482 096 To., im übrigen Polen 278 000 To. Nach Deutsch-Oberschlesien gingen in der ersten Juliwoche 27 145 To., in der zweiten Woche 20 874 To., in der dritten Woche 28 351 To. Nach dem übrigen Deutschland in der ersten Woche 117 922 To., in der zweiten Woche 75 700 To., in der dritten Woche 88 297 To. (also insgesamt 281 989 To.). Der Gesamtabsatz an das Ausland betrug 546 297 Tonnen.

Die Wagengestellung, unter der die Produktion stark zu leiden hatte, war so unregelmäßig, daß in der zweiten Juliwoche durchschnittlich 34 Prozent fehlten. Im ganzen wurden von den angeforderten 134 741 Wagen nur 93 944 Wagen gestellt. Die Kohlenbestände wuchsen von 356 134 Tonnen am Ende der ersten Juliwoche auf 468 270 Tonnen am Ende der dritten Juliwoche an.

Die Viehversorgung Oberschlesiens.

Vom Eisenbahnministerium wurde angeordnet, daß das Vieh, welches für die schlesische Wojewodschaft bestimmt ist, nur bis zu den Stationen Lublinitz, Myslowitz oder Pleß angenommen werden soll. Hierbei werden gewöhnliche Veterinärzeugnisse verlangt. Erlaubnisscheine des Oberkommissars zur Bekämpfung der Teuerung sind überflüssig.

Maßnahmen gegen den Waggonmangel.

Kattowitz, 14. August. Die Direktion der Staatseisenbahn in Kattowitz veröffentlichte folgende Mitteilung: Mit Hinsicht auf die großen Verkehrsschwierigkeiten, die sich im Bereiche der Kattowitzer Eisenbahndirektion zeigten, wurde ein Nebenrat ins Leben gerufen, dessen Aufgabe es sein wird, dem Präsidentenrat bei Besiegung der ungeheuren Verkehrsschwierigkeiten zur Seite zu stehen. Außerdem ist es Aufgabe dieser Nebenstelle, enge Fühlung mit der Industrie und der Eisenbahnverwaltung zu halten.

Mit Rücksicht auf den ständig steigenden Waggonmangel, der in Ost-Oberschlesien schon eine Wirtschaftskatastrophe darstellt, hat das polnische Eisenbahnministerium in Amerika siebentausend Transportwaggon von je 30 Tonnen Inhalt gekauft. Gleichzeitig versucht das Eisenbahnministerium, von fremden Staaten Güterwaggons zu pachten.

Kattowitz 17. August. Vom 15. d. Mts. ab sind auf der Strecke Kattowitz—Laurahütte—Beuthen—Tarnowitz 8 Züge, in jeder Richtung 4, kassiert worden.

Vor der Autonomieabstimmung in Deutsch-Oberschlesien.

Kattowitz, 14. August. Die „Depesze Poranne" bringen unter der Überschrift „Abstimmungskomödien" folgende Meldung: Deutsche Blätter geben mit großen Lettern einen Aufruf wieder, der gegen die Autonomie in Deutsch-Oberschlesien Stellung nimmt. Dieser Aufruf enthält Redewendungen in polnischer Sprache, wie z. B.: „Górny Śląsk ma pozostać prowincją pruską." Außerdem wird in den Artikeln gesagt, daß alle Forderungen der oberschlesischen Bevölkerung von den preußischen Behörden erfüllt worden seien.

Ungeregelte Fahrkartenpreise in Polnisch-Oberschlesien.

Kattowitz, 16. August. Bei dem Fahrkartenverkauf auf dem Kattowitzer Bahnhof nach solchen Stationen, die jenseits der alten Reichsgrenze liegen, also Sosnowice, Bielitz und darüber hinaus, muß der Fahrpreis neuerdings in polnischer Valuta bezahlt werden. Die Reisenden beklagen sich vielfach darüber, daß sie bei der Umrechnung der bisherigen Fahrpreise deutscher Währung in solche polnischer Valuta durch eine Erhöhung der Preise zu kurz kommen. Die Art der von der Verwaltung gewählten Umrechnung hat es mit sich gebracht, daß die Preise von Kattowitz nach polnischen Stationen größer sind als umgekehrt.

Kardinal Bertram kommt nach Poln.-Oberschlesien.

Kattowitz 17. August. Mitte September kommt nach Zabrze und Biskupice der Kardinal Bertram, um die oberschlesischen Paraphien zu besuchen.

Vereitelter Streik in Bielitz.

Kattowitz, 16. August. In Bielitz drohte in allen Industrieanstalten ein Streik auszubrechen. Dank der Intervention der Wojewodschaftsbehörden ist der Streik vereitelt worden.

Gründung einer „Deutschen sozialdemokratischen Partei."

Kattowitz, 17. August. Am 14. d. Mts. ist der Zusammenschluß der deutschen sozialistischen Partei mit der deutschen Partei der Unabhängigen zu einer Partei unter dem Namen „Deutsche sozialdemokratische Partei" erfolgt. Diese Partei hat versucht, eine Verständigung mit der polnischen sozialistischen Partei zu erzielen. Ihre Bemühungen waren jedoch nicht von Erfolg begleitet.

Ein Nachwort zum Landarbeiterstreik.

Der Friede zwischen den landwirtschaftlichen Arbeitgeberverbänden, dem (polnischen) Produzentenverein und dem (deutschen) Arbeitgeberverband einerseits und den landwirtschaftlichen Arbeitnehmern, vertreten durch Zjednoczenie Zawodowe Polskie (Polnische Berufsvereinigung) andererseits, ist nach vierzehntägiger Streikdauer durch Vermittlung des Arbeitsministers zustande gekommen. Die noch ausständigen Arbeitnehmer haben Montag früh und dort, wohin die Nachricht von der Beilegung des Ausstandes nicht rechtzeitig mehr gelangen konnte, und da der Dienstag ein gesetzlicher Feiertag war, am Mittwoch die Arbeit wieder aufgenommen. Darüber herrscht bei allen Einsichtigen, denen unser Volkswohl am Herzen liegt, aufrichtige Freude und Genugtuung; bei Arbeitgebern, wie bei Arbeitnehmern freut man sich, daß die Streitaxt endlich begraben ist und nun endlich wieder alles sein altes Gleis gehen kann. Nur der hiesigen „Prawda" scheint der Friedensschluß nicht in ihren Kram zu passen, denn sie spricht in einem Leitartikel ihrer vorletzten Ausgabe von einer „Unterbrechung" des Ausstandes und führt in dem Artikel u. a. aus:

„Wir betonen, daß der Streik unterbrochen, aber nicht beendigt wird, da die Löhne für die Zeit vom 1. Juli bis zum 30. September noch nicht von den Kontrahenten geregelt worden sind."

Diese Angabe des führenden polnischen Arbeiterblattes vergleiche man mit folgender amtlichen Mitteilung des Hauptarbeitsinspektors bei der Posener Wojewodschaft Dr. Mroczkowski vom 14. August:

„Zjednoczenie Zawodowe Polskie (Polnische Berufsvereinigung) verpflichtet sich durch den Hauptarbeitsinspektor Dr. Mroczkowski noch heut in der „Prawda" bekanntzugeben, daß der Streik beendigt ist, und daß der Streitpunkt zwischen den ländlichen Produzenten damit vollkommen beseitigt ist, was ich hiermit auf Wunsch des Produzentenvereins bescheinige."

Die „Prawda" leistet sich demnach eine bewußte Unwahrheit, wenn sie mit ausdrücklicher Betonung von einer „Unterbrechung" des Streiks, nicht aber von seiner endgültigen Beilegung spricht. Dem genannten Blatte scheint nach dem allerdings gründlichen Mißerfolg, den die gewissenlosen Posener Drahtzieher davongetragen haben, der Streik noch nicht lange genug gedauert zu haben, und die Millionenverluste, die nicht nur die landwirtschaftlichen Arbeitgeber, sondern im wahren Sinne des Wortes die gesamte Bewohnerschaft dieses Landesteils, Städter wie Landbewohner ohne Ausnahme erlitten haben, noch nicht groß genug zu sein.

Dieser fluchwürdige Ausstand in einer Zeit, in der der Himmel sein Machtwort sprach und, nur selten von Sonnenschein unterbrochen, den Inhalt seiner gewaltigen Schleusen unbarmherzig auf den Erntesegen herabsandte, der uns in diesem Jahre wie in den letzten Jahren seit dem Weltkriege noch niemals in gleicher Fülle bereitet schien. Angesichts des andauernden heftigen Regenwetters wäre es unbedingte Pflicht aller Landarbeiter gewesen, ihre Kräfte bis zur Erschöpfung zur Verfügung zu stellen, um die spärlichen Sonnenminuten auszunutzen und von der Ernte zu retten, was zu retten möglich war. Statt dessen legten die Landarbeiter die Hände in den Schoß und sahen ruhig zu, wie ein Tag nach dem andern der Ernte neues Verderben brachte. Es liegt uns fern, die Hauptschuld an dieser verbrecherischen Untätigkeit der Landarbeiter in gefahrvoller Zeit ihnen selbst beizumessen. Wir wissen recht wohl und haben das auch schon wiederholt deutlich betont, daß die Hauptschuldigen nicht die Landarbeiter, sondern die Hetzer, die sie zum Ausstande aufgewiegelt haben und in Posen ihren Sitz haben, sind.

Es sei nur daran erinnert, daß die wenigsten Landarbeiter, als sie in den Ausstand traten, etwas davon ahnten, daß die beiden Arbeitgeberverbände sich dem Schiedsspruch, nach dem sie eine Teuerungszulage von 50 v. H. zahlen sollten, schon unterworfen hatten in dem Augenblick, als der Streik von Posen aus proklamiert wurde. Man entschuldigte sich dann später damit, daß die in Frage kommenden Stellen nicht mehr zu erreichen gewesen wären, um den Arbeitern rechtzeitig von dem Entschlusse der Arbeitgeber Kenntnis zu geben und so den Ausstand noch rechtzeitig zu verhindern. Die Richtigkeit dieser Behauptung soll zugegeben werden. Warum hat man aber dann nicht alle Hebel in Bewegung gesetzt, Fernsprecher, Telegraphen usw., um den Ausstand sofort noch im Keime zu ersticken? Die Antwort dürfte nicht schwer fallen. Den Herren Drahtziehern paßte es eben nicht, daß der Ausstand nicht zum Ausbruch kam. Man wollte es eben auf eine Machtprobe ankommen lassen.

Es handelte sich dabei letzten Endes, wie wohl jetzt jeder Einsichtige erkennen muß, gar nicht mehr um die Erfüllung oder Nichterfüllung wirtschaftlicher Forderungen, sondern um eine politische Machtprobe. Man stellte die Lohnforderungen von vornherein so hoch (400—600 Prozent der jetzigen Arbeitslöhne!), daß die Arbeitgeber gleich besser getan hätten, wenn sie ihr Eigentum den Arbeitern zur selbständigen Bewirtschaftung überlassen hätten. Diejenigen, die solche Wahnsinnsforderungen stellten, sind sich über das Uferlose ihrer Ansprüche zweifellos selbst völlig im Klaren gewesen und haben niemals an ihre Erfüllung geglaubt. Wohin wäre man auch wohl gekommen, wenn man diesen Forderungen nachgegeben hätte? Die Stadtbewohner hätten dann jedenfalls am besten getan, sich einen Strick zum Aufknüpfen zu kaufen, um dem langsamen Verhungern zu entgehen. Die natürliche Folge der Erfüllung dieser Landarbeiterforderungen wäre mindestens eine Verdoppelung der Preise für die ohnehin kaum noch erschwinglichen landwirtschaftlichen Produkte gewesen. Nun denke man daran, welche Preise heut bereits gezahlt werden müssen: ein Dreipfundbrot 365 M., ein Ztr. Schweinefleisch (Lebendgewicht) auf dem letzten Posener Viehmarkt 68 000—69 000 M., ein Pfund Speck 1200 M., ein Pfund Wurst 1000—1200 M., ein Pfund Butter 1500—1600 M. usw. Und nun verdoppele man diese Preise. Welcher gewöhnliche Sterbliche wäre noch in der Lage gewesen, sich ein Pfund Fleisch oder Wurst oder Butter zu leisten?

An einer anderen Stelle unserer heutigen Ausgabe veröffentlichen wir sehr zutreffende Ausführungen eines erfahrenen landwirtschaftlichen Arbeitgebers, in denen er mit Recht auf die glänzende Lage einer ländlichen Deputatfamilie gegenüber der Stadtbevölkerung hinweist. In der Tat fallen der Deputatfamilie alle diejenigen Nahrungsmittel ohne weiteres als Sachentschädigung zu, für die der Staats- oder städtische oder Privatbeamte oder Arbeiter jeder Kategorie seine Gesamteinnahmen dahinschwinden sieht. Man denke nur ferner daran, welche Sorgen sich heut eine Stadtfamilie bei der Beschaffung der Winterbeheizung machen muß. Die Deputatfamilie erhält 70 Ztr. Kohlen für den Winter. Das entspricht, der Ztr. Kohle mit 1500 M. gerechnet, einem Aufwande von 105 000 M. Wie wenige Stadtbewohner sind in der glücklichen Lage, sich eine derartige Ausgabe zu leisten! Es bleibt demnach dabei, daß der landwirtschaftliche Arbeiter sich heut gegenüber dem Städter in einer geradezu glänzenden Lage befindet.

Diese Erkenntnis hat denn auch die Stadtbevölkerung einschließlich der Sozialdemokratie bewogen, der Landarbeiterschaft ihre Sympathien bei diesem heillosen Streik zu versagen und überall dort helfend einzugreifen, wo es einigermaßen ging. Nicht nur die städtischen Arbeitslosen, sondern Bürger, Bauern, Männer und Frauen, sogar Damen in

Bücherschau.

Von H. Seydell.

Es liegt in der Natur jedes aufrechten Menschen, den die Folgen des Krieges von seinem Vaterlande getrennt haben, diesem treues Gedenken zu bewahren und dessen weiteres Schicksal mit lebendiger Anteilnahme zu verfolgen. Die Zeitungen und sonstige Schriften des Landes, dem er nun angehört, werden ihm ein objektives Bild aus verschiedenen Gründen kaum geben können. Dieselben anzuführen, erübrigt sich für den Einheimischen. Da längere Besuche in Deutschland zur persönlichen Betrachtung und Einsichtnahme sich zurzeit zu kostspielig stellen, so bleiben als Spiegelbild der jeweiligen Etappen im politischen und sozialen Geschehen nur die Schriften über diese Verhältnisse.

Um zu ihnen von hier aus Stellung zu nehmen, ist in erster Reihe die Kenntnis von der Entstehung und Gestaltung der Verfassungen von Preußen und Deutschland durchaus notwendig. Als grundlegend kommt hierbei die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919, die sogenannte Weimarer Verfassung in Frage. Eine übersichtliche und handliche Ausgabe ist vom Rechtsanwalt Dr. Georg Zöphel-Leipzig, einem Mitgliede des Verfassungsausschusses der Nationalversammlung, bearbeitet worden und erschien in Berlin C. 2 im Industrieverlag von Spaeth und Linde. Die Verfassung wird kurz erläutert und ist mit kritischen Hinweisen versehen. Der Verfasser hat es mit Erfolg unternommen, die Verfassung dem Verständnis näher zu bringen, indem er, was bei dem ungeheuren Stoff durchaus nötig ist, den wesentlichen Gehalt der einzelnen Artikel andeutet, um, wie er sagt, den Leser zum Nachdenken anzuregen. Wer sich in verhältnismäßig kurzer Zeit mit diesem Stoffe vertraut machen will, dem sei diese Arbeit bestens empfohlen.

Über die Verfassung des Freistaates Preußen vom 30. November 1920 liegen zwei Bändchen des rührigen Verlages von Georg Stilke, Berlin, vor. Das erste bringt nach einem kurzen Überblick über die Entstehung der preußischen Verfassung den Text derselben. Inhaltsübersicht und Sachregister erleichtern den Gebrauch.

Der zweite Band, von Dr. Ludwig Waldecker, Professor in Königsberg, bearbeitet, ist mit Erläuterungen versehen. Angenehm berührt der zum Ausdruck kommende Optimismus, mit dem bei der Würdigung der preußischen Verfassung der Bearbeiter über die Zukunft Preußens urteilt. Die Durcharbeitung beider Werke dürfte dem Leser von wesentlichem Nutzen sein.

Über die „Errungenschaften der Revolution in Deutschland" gibt ein neutraler Ausländer, Dr. E. Jenny, ein erschütterndes Bild. Der Zweck des Buches ist, Bausteine zu liefern zum Neuaufbau des Deutschen Reiches aus Verwirrung und Zerrüttung. Jeder aufrichtige deutsche Volksfreund lege sich dieses Buch zu, das im Verlage von Scherl in Berlin erschienen ist.

Diejenigen, die sich um die Emporbildung der breiten Massen bemühen und darin tätig sind, seien auf folgende Arbeit aufmerksam gemacht. Die Demokratie im Staatsleben von Dr. Gottfried Brunner, Evangelischer Presseverband für Deutschland, Berlin-Steglitz. Sie enthält eine Einführung in die von der Reichsverfassung gewährten Volksrechte und wendet sich besonders an diejenigen, die in der Volksschule dem Werke der staatsbürgerlichen Bildung und Erziehung dienen wollen. Die methodischen Winke werden auch dem Lehrer in Polen für die Behandlung der polnischen Verfassung von großem Werte sein.

Die Rechte und Pflichten der Arbeiter und ihre Teilnahme an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte regelt im neuen Deutschland das Betriebsrätegesetz. Es liegen zwei billige Ausgaben vor. Eine Textausgabe mit Sachregister, erschienen im Zentralverlage in Berlin und eine gemeinverständliche Darstellung über dieselbe Materie von Hermann Stöve, im Verlage von Carl Heymann, Berlin W. 8 erschienen. Ein heißumstrittenes Gesetz, das nach schweren Kämpfen zustande gekommen ist. Die sachliche, klar gegliederte und jedem verständliche Darstellung sei um so mehr empfohlen, als wohl selten ein Gesetzentwurf so verschieden beurteilt worden ist wie dieser.

Von den Flugschriften des Tages liegen vor: „Der preußische Militarismus" von Dr. J. Thiessen und „Das Arbeitslosenproblem" von Dr. A. Schlesinger. Beide im Verlage von Scherl, Berlin, erschienen.

Im ersten Werkchen bemüht sich der Verfasser auf Grund historischer Studien, die guten Seiten dieser Erscheinung im Sinne Moltkes darzustellen und die von anderer Seite erhobenen, nach seiner Meinung gehässigen Vorwürfe zu entkräften. Das Ergebnis seiner Forschungen ist: Ein vernünftiger Militarismus bietet dem Kapitalismus Schach. Jeder Leser möge selbst entscheiden.

Das schwierige Problem der Arbeitslosigkeit wird im zweiten Bändchen behandelt. Wer das Für und Gegen der einzelnen Lösungen dieser Frage in anschaulicher Weise sich zu eigen machen will, sei auf diese Flugschrift hingewiesen. Eine baldige Rettung aus den verworrenen Zuständen dieser Zeit ist bei der gegenwärtigen politischen Konstellation nicht zu erwarten.

Kunst, Wissenschaft, Literatur.

— **Ausstellung für Bienenzucht in Magdeburg.** Die deutsche Imkerschaft hat in Anlehnung an die wertvolle mitteldeutsche Ausstellung für Siedlung, Sozialfürsorge und Arbeit in Magdeburg (Miama) vom 4. bis 10. August eine eigene Ausstellung errichtet und kraft- und arbeitsvolle Tagungen gehalten. Die großen Ergebnisse der an Gregor Mendel anschließenden Vererbungsforschungen wurden durch Dr. Nachtsheim und Dr. Armbruster, beide aus Berlin, in Beziehung zur Königinnenzüchtung gebracht. Alle Züchtungsarbeit wird von sogenannter Rassenzucht auf reine Leistungszucht, in der die Farbenmerkmale nur nebenhergehende Bedeutung haben, umgestellt werden müssen. Die deutsche Imkervereinigung, unter einem neuen Präsidenten, Rektor Breiholz-Neumünster, ebenso der Preußenbund haben den Ausbau des Genossenschaftswesens und die sorgsame Durcharbeitung von Rechts-, Steuer-, Zollfragen, von Honig- und Seuchenschutz durch Sondergesetze, von Transport-, Presse- und Versicherungswesen, von Trachtvermehrung, Ausgestaltung eines Reichsmuseums und einer Zentralbibliothek und vieler anderer Belange der Imkerherrschaft in Angriff genommen. Ein Eisenbahner-Imkertag behandelte, getragen von dem Wohlwollen des Verkehrsministers, seine besonderen Aufgaben. Die Wanderversammlung deutsch-österreichisch-ungarischer Bienenwirte feierte nach langer Kriegspause ihre 60. Sitzung. Deutsche Imker aus Posen, der Tschechoslowakei, Luxemburg, Holland, der Schweiz, Österreich nahmen daran teil. Die 61. Tagung fällt 1923 nach Bregenz am Bodensee. Der Reichsminister für Volksernährung und Landwirtschaft, der österreichische Bundesminister und der preußische Minister für Landwirtschaft, daneben viele andere Behörden ließen sich auf den Tagungen vertreten. Die wohlgelungene, eindrucksvolle Ausstellung zeigt den Werdegang der Imkerei und ihren hohen Stand, sowie ihren befruchtenden Einfluß auf die Industrie. Die Bienenzucht hat bewiesen: sie gehört in eine Ausstellung für Wiederaufbau, wie die Miama.

— **Menschenfresser im Gebiet des heutigen Niederösterreich um 1500 vor Christi.** In der Nähe von Atzenbrugg im Perschlingtal in Niederösterreich fand vor kurzem der Direktor der Anthropologisch-ethnographischen Sammlungen am Naturhistorischen Staatsmuseum in Wien, Dr. Josef Bayer, ein Depot menschlicher Knochen, bei deren genauer Untersuchung sich angeblich untrügliche Beweise dafür ergaben, daß es sich um Reste einer Kannibalenmahlzeit handelt. Die „Korr. Wilh." berichtet darüber: Die Menschenfresser begnügten sich nicht, das Fleisch allein zu essen; sie schlugen ihren Opfern auch die Röhrenknochen der Länge nach auf, um das Mark herauszunehmen. Daß einzelne Teile gebraten wurden, zeigen angebrannte Stellen an mehreren Knochen und verkohlte Knochensplitter. Wenn hier noch ein Zweifel an dem Akt von Menschenfresserei bestehen bliebe, würde er angesichts der Schnittspuren an der Stirnpartie eines jugendlichen Schädels schwinden. Man sieht genau, wie durch mehrmals einsetzende kurze Schnitte die Kopfhaut vom Scheitel bis zur Nasenwurzel durchgetrennt wurde, offenbar um dann beiderseits vom Schädel herabgezogen zu werden. Nach den bisherigen Untersuchungen liegen Reste von drei jugendlichen und einem älteren Individuum vor. Mitgefundene Gefäßbruchstücke und ein Reibstein lassen darauf schließen, daß sich dieses grauenhafte Drama in der Bronzezeit, also etwa 1500 vor Christi, abgespielt hat. Es handelt sich hier um einen sehr seltenen Ausnahmefall, denn Menschenfresserei war, so viel wir nach den bisherigen Forschungen wissen, in der prähistorischen Zeit nicht üblich. Der wichtige Fund gelangt demnächst in der prähistorischen Sammlung des Naturhistorischen Museums zur Ausstellung.

Stöckelschuhen haben ihre zum Teil schwachen Kräfte trotz der Bedrohungen durch gewalttätige Ausständische zur Verfügung gestellt und damit der Allgemeinheit einen großen Dienst erwiesen. Gleichwohl hat der Ausstand, wie schon erwähnt, schwere wirtschaftliche Opfer, — abgesehen von den über 20 Toten und den zahlreichen Verwundeten, die den Terror der Massen in den beiden Wochen verspüren mußten — gefordert. Man übertreibt wohl nicht, wenn man sagt, daß etwa die Hälfte der Getreideernte infolge des Ausstandes verloren ist. Viel Roggen, der bereits in Ähren stand, ist ausgewachsen und für die menschliche Ernährung unbrauchbar geworden. Das Getreide, das jetzt nach der Überreife gemäht wird, verliert seine Körner zentnerweise, und das in einer Zeit, in der man mit jedem Korn zu rechnen hat.

Es bleibt also dabei, der Ausstand war ein Verbrechen an der Allgemeinheit, für das allerdings weniger die verhetzten Arbeiter als die Hetzer verantwortlich zu machen sind. Unser Landesteil wäre trotz der schweren Schädigung durch den andauernden Regen in diesem Jahre noch in der Lage gewesen, Getreide zum Export in andere Länder zu liefern und hätte so die Bemühungen zur Anknüpfung von Handelsbeziehungen mit anderen Ländern wirksam unterstützt. Statt dessen wird das in der Qualität stark verringerte Getreide kaum hinreichen, um die eigenen Bedürfnisse unseres Landesteils restlos zu befriedigen.

Unter diesem Gesichtspunkte ist es zu verstehen, wenn der Staat und die Provinzialbehörden in den Ausstand vermittelnd eingriffen, indem sie einmal den Arbeitswilligen militärischen Schutz angedeihen ließen, der allerdings nicht überall genügte und oftmals zu spät eingreifen konnte, da er erst in der äußersten Gefahr gerufen wurde. Andererseits haben die genannten Instanzen zunächst vergeblich Verhandlungen zwischen den beiden Parteien angebahnt und zuletzt auch zu einem erfreulichen Ende geführt. In einer Besprechung der Arbeitgeberverbände wurde freilich recht unverblümt darüber Klage geführt, daß die staatlichen Instanzen, die dazu bestimmt sind, die Allgemeinheit vor dem Terror bolschewistischer Elemente und ihren Ausschreitungen zu schützen, versagt hätten. Wenn man auch diesen Vorwurf in dieser Unbegrenztheit nicht gelten zu lassen braucht, so hätte man doch gleich zu Beginn des Ausstandes angesichts seiner furchtbaren Gefahr für die Allgemeinheit ein energischeres Vorgehen gegen die gewissenlosen verhetzenden Elemente erwarten dürfen. Der Ausstand hätte dann niemals eine solche zeitliche und räumliche Ausdehnung genommen, und unser Landesteil wäre vor einem ziffernmäßig heut noch nicht übersehbaren wirtschaftlichen Schaden bewahrt geblieben.

Man darf aber wohl der Erwartung Ausdruck geben, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich jetzt, nachdem der Friede geschlossen ist, zusammenfinden und wieder gemeinsam an ihrer verantwortlichen Aufgabe der Ernährung der Allgemeinheit arbeiten im eigenen wohlverstandenen Interesse und in dem der Gesamtheit unserer Bevölkerung.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 17. August.

Erhöhung des Eisenbahn-Personentarifs.

Mit dem 1. September wird bekanntlich der Personentarif auf den Staatseisenbahnen der Republik Polen **abermals erhöht.**

Nach dem neuen Tarif beträgt der Tarifsatz für ein Kilometer in der dritten Klasse auf eine Entfernung von 1—200 Kilometern 10 Mark, auf eine Entfernung von 201—300 Kilometern 8 Mark und auf eine Entfernung von über 300 Kilometern 6 Mark. In der zweiten Klasse beträgt der Tarifsatz den doppelten und in der ersten Klasse den dreifachen Betrag der dritten Klasse. In den Schnellzügen ist der Tarif um 50 Prozent höher als in den Personenzügen. Für eine Platzkarte wird der fünfte Teil des Preises einer gewöhnlichen Fahrkarte erhoben. Der Gütertarif bleibt unverändert. **Im allgemeinen beträgt die Erhöhung etwa 60 v. H. des bisherigen Tarifs!**

Wohin treiben wir?

Ein langjähriger Freund unseres Blattes schreibt uns:

Der Landarbeiterstreik kann nunmehr wohl als beendet angesehen werden, nachdem er ungefähr 14 Tage lang in der ganzen früheren Provinz Posen mit allen terroristischen Nebenerscheinungen getobt hat. Welches war nun der Grund dieses verhängnisvollen Streiks? Maßlose, mit jedem Nachgeben sich steigernde Lohnforderungen, deren Erfüllung die für die Volksernährung durchaus notwendigen Großbetriebe vernichtet hätten. Um den vollkommenen Mangel an Berechtigung dieser geforderten Lohnerhöhungen darzutun, welche die schon vor dem Streik bewilligten von 50 Prozent um Hunderte von Prozenten übersteigen, möchte ich ein Bild der Lebenshaltung eines Deputanten — dieser kommt fast ausschließlich in Betracht — geben.

Zuerst möchte ich für diejenigen, die den Begriff des Deputanten nicht kennen, erwähnen, daß dieser einen ländlichen Arbeiter darstellt, der sich für ein ganzes Jahr auf Grund eines Kontraktes verdingt, in einem dem Gutsherrn gehörigen Haus wohnt und zum Teil in Naturalien, zum Teil in bar entlohnt wird. Die normale Deputantenfamilie besteht aus zwei ständig arbeitenden Personen, dem Mann und einem Familienangehörigen, meist Sohn oder Tochter jugendlichen Alters, und der Frau, die nach eigenem Ermessen zur Arbeit geht und dann einen Stundenlohn von 60 M. erhält. Eine solche Deputantenfamilie erarbeitet, ohne Anrechnung des Tagelohns der Frau, an festen und Akkordlöhnen, rund gerechnet 250000 Mark. An Naturalien erhält sie neben freier Wohnung unter Berücksichtigung des zur Erhaltung des Deputantenviehs notwendigen Weidelandes und Winterfutters den ungefähren Ertrag von 18 Morgen mittleren Bodens. Dies kommt dem Ertrage einer kleineren Bauernwirtschaft von rd. 30 Morgen gleich, wenn in Betracht gezogen wird, daß dieses Mehr an Morgenzahl aufgewogen wird dadurch, daß der Bauer seine volle Arbeitskraft aufwenden muß, Betriebs- und andere Lasten zu tragen hat, um einen Ertrag zu erarbeiten, während der Deputant den auf Kosten des Arbeitgebers erarbeiteten Bruttoertrag der 18 Morgen erhält. Nicht hoch genug ist auch noch das freie Brennmaterial im Werte von jährlich 70 Ztr. Steinkohlen, das der Deputant erhält, zu veranschlagen. Und schließlich all die diskreten Bezüge auf Kosten des Arbeitgebers. Bei derartigen Lohnverhältnissen halten es die Arbeiterführer für angebracht, streiken zu lassen, die Ernte auf dem Felde verfaulen zu lassen, Arbeitswillige zu überfallen, hilfsbereiten Bauern die Getreideschober niederzubrennen und das Warten und Füttern des Dominialviehs zu verhindern, während die Arbeiter selbst ihr eigenes Vieh auf dem Gutslande ungestört weiden lassen. Angesichts dieser Zustände spricht man nun von der Diktatur des Proletariats und vom Bolschewismus als einem schreckhaften „Zukunftsbilde". Wer die Entwickelung der Dinge bei uns mit offenen Augen beobachtet, und die Mentalität unserer Landarbeiter kennt, kann nicht darüber im Zweifel sein, daß der Streik nur der Auftakt zu einer politischen Aktion war, die vielleicht von der Mehrzahl der Arbeiter zunächst nicht beabsichtigt war, für die sie aber durch Versprechung von Aufteilungen sofort zu gewinnen gewesen wären; denn der bolschewistische Gedanke beherrscht den landwirtschaftlichen Arbeiter in diesem Sinne nach wie vor. Nicht, wohin treiben wir? sollte meine Frage lauten, sondern: wohin sind wir schon gekommen? Und wohin werden wir noch kommen, wenn wir uns weiter dem Willen des einsichtslosesten, begehrlichsten Teils der Bevölkerung, der die wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht kennt oder nicht kennen will, und bar jedes politischen Verantwortlichkeitsgefühls ist, unterwerfen?

J.

Keine Platzreservierung für Beamte mehr. Das Verkehrsministerium gibt bekannt, daß der im Jahre 1919 eingeführte Gebrauch der Bereithaltung von Plätzen in Zügen für Beamte, die sich auf Dienstreisen befinden, abgeschafft worden ist.

× **Eine abermalige Erhöhung der Telegramm- und Fernsprechgebühren?** Der polnische Telegraphentarif für den Inlandsverkehr wird, dem Vernehmen nach, im September um 150 Prozent erhöht. Der Telephontarif erfährt im Oktober ebenfalls eine 100prozentige Erhöhung.

× **Apothekenverkauf.** Die Mengersche Hohenzollernapotheke in der ul. Mickiewicza 22 (fr. Hohenzollernstr.) ist durch Kauf in den Besitz des Apothekers Anton Majorowicz von hier übergegangen und mit dem heutigen Tage übernommen worden.

Der deutsche Theaterverein veranstaltete gestern anläßlich eines Vergnügens deutscher Landwirte in Długa Goslina einen Bunten Abend. Das Vergnügen sollte anfänglich im Garten des noch im deutschen Besitze befindlichen Gasthauses stattfinden; infolge des schlechten Wetters fand aber das Fest im Saale statt. Der Besuch der Veranstaltung war außerordentlich groß. Der Saal konnte die große Menge der herbeigeeilten Landwirte kaum fassen. Um das Gelingen des Festes hat sich besonders Tierarzt Dr. Kunze sehr verdient gemacht.

× **Das Bähnle.** Ein heiteres Erlebnis hatten am Sonnabend die Passagiere des Zuges Grätz-Opalenitza, der morgens kurz vor 6 Uhr die Station Grätz verläßt. Der Zug war mit Hilfe einer zweiten Lokomotive, die ihn von hinten stieß, bis Urbanowo, Kr. Grätz, gekommen. Hier gab sie dem Zuge nach dem Anhalten einen Stoß und dampfte wieder nach Grätz zurück. Inzwischen fuhr der Zug nach Sielinko weiter. Hier hielt der Zug, um Reisende ein- und aussteigen zu lassen. Als er nun seine Fahrt fortsetzen wollte, ging ihm die Puste aus, und die Passagiere sahen sich zum Teil veranlaßt, um in Opalenitza den Anschluß nach Posen zu erreichen, zu Fuß zu gehen. Ein anderer Teil nahm sich jedoch des kraftlosen Zuges an und half ihn stoßen; jedoch vergeblich. Erst eine von Opalenitza gerufene zweite Lokomotive brachte den Zug nach Opalenitza. Natürlich traf er dort mit erheblicher Verspätung ein, der Zug nach Posen war bereits abgefahren. Das Versagen der Lokomotive soll durch das Fehlen des Dampfes verursacht gewesen sein.

Neuer Chauffeurtarif. Nach einer Mitteilung des Bezirksarbeiterverbandes von Posen betragen mit Gültigkeit vom 1. d. Mts. ab die Monatsgehälter für Chauffeure mit Regierungszeugnis vom Jahre 1914 — 59 200 M., für alle anderen Chauffeure — 50 800 M.

× **Festgenommen** wurde hier der 27jährige Franz Rietczepka, der am Sonntag abend einem polnischen Geistlichen auf der Straßenbahn eine goldene Uhr gestohlen hatte; die Uhr wurde bei ihm vorgefunden und dem rechtmäßigen Eigentümer wieder zugestellt. Ferner wurde ebenfalls wegen Diebstahls Josef Pieczak festgenommen, der einem Landwirt im Kreise Wongrowitz zwei Paar Pferdegeschirre und mehrere Wagenleder gestohlen hatte.

× **Einbruchsdiebstähle.** Aus einer Wohnung des Hauses Wielkie Garbary 2 (fr. Gr. Gerberstr.) wurde ein goldener Trauring mit den Buchstaben J. M. W. im Werte von 25 000 M.; aus einer Wohnung des Hauses ul. św. Wawrzyńca 28 (fr. Lorenzstr.) mehrere Anzüge und Wäschestücke im Werte von 250 000 M.; aus einer Wohnung des Hauses Jersitzerstr. 50 zwei Anzüge und ein Kleid im Werte von 170 000 M., und einer Dame auf dem Wochenmarkt des Sapiehaplatzes eine Geldtasche mit 50 000 Mk. gestohlen.

□ **Lissa i. P.**, 16. August. Der Lissaer Deutsche Schulverein schreibt uns: Am 1. September, 8 Uhr morgens, wird sowohl am Deutschen Lyzeum, wie am Deutschen Realgymnasium der Unterricht in allen Klassen wieder aufgenommen. Die Aufnahmeprüfungen finden am Lyzeum am 1. September, 10 Uhr, am Realgymnasium am 31. August, 9 Uhr vorm. statt. Beide Anstalten verfügen immer noch über einen vollständigen, den behördlichen Bestimmungen durchaus entsprechenden Lehrkörper. Wir benutzen die Gelegenheit, falschen Gerüchten über eine bevorstehende Verminderung der beiden Vollkollegien entgegenzutreten. Es besteht die Aussicht, daß die wenigen reichsdeutschen Lehrkräfte, die an den beiden Anstalten tätig sind, ihre Einbürgerung in den polnischen Staat erlangen werden. Wir weisen darauf hin, daß bei der diesjährigen Entlassung aus der 1. Klasse des Lyzeums sämtliche Schülerinnen für reif erklärt wurden, und daß bei der am 20. Juni d. Js. erfolgten Reifeprüfung am Realgymnasium unter dem Vorsitz des polnischen Prüfungskommissars sämtlichen 20 Abiturienten (darunter 2 Damen) die Reife zugesprochen werden konnte. Die Unterbringungsverhältnisse in Lissa sind auch bei der heutigen Teuerung noch als sehr günstig zu bezeichnen, zumal da an das Realgymnasium ein unter bewährter wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Leitung stehendes Internat angegliedert ist. Die Privatpensionen unterliegen einer ständigen Aufsicht durch die Lehrkräfte. Im Interesse einer guten Unterbringung auswärtiger Schüler wird gebeten, alle Anmeldungen möglichst umgehend an Frau Direktorin Sander, ul. Comeniusza 52, bzw. an den Studienrat Dr. Vincent, ul. Polna Wielka 5, zu richten.

p. **Obornik**, 17. August. In Uchorowo hiesigen Kreises wurden einem Landwirt ein 6jähriger brauner Hengst, 1,55 Meter groß, und zwei schwarze Kutschgeschirre mit weißem Beschlag im Werte von einer Million M. gestohlen.

S. **Obornik**, 16. August. Der Arbeiter Sz. aus Orlowo, der zurzeit eine Gefängnisstrafe von 1½ Jahren in Inowrocław verbüßt und mit anderen Gefangenen in die dortige Gegend auf Erntearbeit geschickt wurde, benutzte die Gelegenheit, um zu entweichen. Da angenommen wurde, daß er sich zu seinen Verwandten nach Orlowo begeben würde, wurde dort auf ihn gefahndet. Zunächst durchsuchte ein Gendarm aus Ludom das fragliche Haus in Orlowo ergebnislos. Mit Hilfe eines zweiten Gendarmen wurde die Durchsuchung wiederholt und Sz. auf dem Hausboden, unter einem Stoß Holz versteckt, entdeckt und verhaftet.

sch. **Wilhelmsau, Kr. Wreschen**, 16. August. Das Fest der Goldenen Hochzeit beging in voller körperlicher und geistiger Frische am 8. d. Mts. das Mühlenbeinsche Ehepaar von hier. — Der Butterpreis bei der hiesigen Genossenschaftsmolkerei beträgt im Kleinverkauf gegenwärtig 1400 M. das Pfund. — Nach den bis jetzt vorliegenden Druschergebnissen zu urteilen, liefert die Ernte an Roggen, je nach Bestand und Düngung, 6—8 Ztr. auf den Morgen. Höhere Erträge gehören zu den Ausnahmen, niedrigere sind dagegen gar nicht selten.

ad. **Czarnikau**, 15. August. In der vergangenen Nacht erschoß sich in seiner Wohnung der Kaufmann Drinkorn, Mitinhaber der Zigarren- und Zigarettenfabrik Drinkorn und Stollfuß. Ob das Tabakmonopol zu diesem unglücklichen Schritt beigetragen hat, ist noch nicht festgestellt.

* **Graudenz**, 16. August. Die Gebrüder A. und P. Gerusel die Anfang d. Js. den Landwirt Dankowski aus der Umgegend von Dresden ermordet und darauf nach Polen geflüchtet sind, wurden von der hiesigen Kriminalpolizei festgenommen. Die Mörder hielten sich längere Zeit in den Weidengebüschen an der Weichsel auf, wo sie auch ihr Nachtlager hatten. Sie wurden dem Untersuchungsrichter zugeführt.

* **Danzig**, 12. August. Die Frau verkauft — unter dieser Spitzmarke berichtet die „N. Lodz. Ztg." aus Zoppot: Hier weilte die Frau eines Kaufmanns aus Wilna und machte die Bekanntschaft eines Millionärs. Dieser verliebte sich in die Kaufmannsfrau, begab sich nach Wilna und schlug dem Gatten vor, sich von seiner Frau scheiden zu lassen und zwar für die Abstandssumme von 25 Millionen Mark. Da die Frau erklärte, daß sie mit ihrem Gatten nicht mehr leben wolle, ist der Handel zustande gekommen.

Aus Ostdeutschland.

* **Elbing**, 11. August. Die „Elbinger Zeitung" bringt folgendes ergötzliche Geschichtchen: Wenn zwei Hochzeit machen wollen, bringen sie vorher alles in Übereinstimmung. Trotzdem soll es vorgekommen sein, daß in allerletzter Stunde einer der Heiratskandidaten fahnenflüchtig wurde und sich seitwärts in die Büsche schlug. So auch gestern in Elbing. Ein überlegsamer älterer Herr, dem das biblische Alter und noch einige Jahre mehr das Haar gebleicht und die Stirne gefurcht haben, vergaß seiner nicht viel jüngeren Braut und überlegte sich am Hochzeitstage die Sache anders. Vergeblich harrte „sie" der Fahrt zum Standesamt, vergeblich hatten sich die „guten Männer" in den ehrwürdigen Bratenrock gezwängt. Alles umsonst, der Bräutigam ließ sich nicht sehen; er weilte wohlverborgen in seinem heimischen Kämmerlein. An der duftenden Kaffee- und Kuchentafel blieb der Platz des sehnsüchtig Erwarteten leer. Schließlich blieb den Hochzeitsgästen nichts anderes übrig, als die Kaffeeschlacht unter dem Vorsitz der verlassenen Braut zu eröffnen und sie nach Möglichkeit über das Mißgeschick hinwegzutrösten.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	14. August	16. August
Bank Poznański	170 + N	175 + N
Bank Przemysłowców	200 + N	200 + A
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-IX. Em.	220 + N	220 +
Polski Bank Handlowy, Poznań	360 + N	360 + N
Pozn. Bank Ziemian I.—IV. Em.	220—210 + N	—,—
Arcona	—,—	350—375 + N
R. Barcikowski	185 +	—,—
Browar Krotoszyński	1375 + A	—,—
H. Cegielski I.—VIII. Em.	480—420 + N	480-425-435-400 + N
Centrala Rolników I.—V. Em.	180 + A	175 +
Centrala Skór	—,—	275 + N
C. Hartwig	—,—	200—210 + N
Hartwig Kantorowicz	640 +	—,—
Hurtownia Drogeryjna	130—135 +	—,—
Hurtownia Związkowa	—,—	125 + N
Herzfeld-Viktorius	420-425-410 + A	410—400 + N
Lubań, Fabr. przetw. ziemn.	3800 + N	—,—
Orient	150 + N	155 +
Tkanina	390 + A	360 + A
Tri	200 + A	—,—
„Unja" (früher Bentzki)	580 + N	580 +
Waggon Ostrowo	220—225 + N	—,—
Wytwornia Chemiczna I.—II. Em.	200 + A	200 + A
„ „ III. Em.	—,—	165 +
Zjedn. Browary Grodziskie	—,—	200 + N

Auszahlung Berlin 770—756. Umsatz: 10 706 000 dtsch. Mark. A = Angebot, N = Nachfrage, + = Umsatz.

Berliner Börsenbericht

vom 16. August.

Diskonto-Komm.-Anleihe	408.—	Polnische Noten	13.—
Danziger Priv.-Aktienbank	250.—	Auszahlung Holland	40 200.—
Ostbank	201.—	„ London	4580.—
Hartmann Masch.-Aktien	898.—	„ Neuyork	1012.50
Phönix	2500.—	„ Paris	8100.—
Schuckert	1015.—	„ Schweiz	19 350.—
Hapag	725.—	Koehlmann-Stärke	1825.—
3½% Pos. Pfandbriefe	26.—	Ungarische Goldrente	1895.—
Auszahlung Warschau	13.20		

= **Danziger Börse** vom 17. August. Polnische Mark 13,35 Dollar 1040.

Verantwortlich: für Politik: J. B. Theodor Kania; für Kunst, Wissenschaft und Handel: Dr Martin Meister; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer. Für den Anzeigenteil: B. Sikorski. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznań.